



Abonnementpreise in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene...
Preis frei ins Haus vierteljährlich 180 M., monatlich 60 M., wöchentlich 15 M.
bei Abholung b. d. Redakt. u. Agenturen vierteljährlich 171 M., monatlich 57 M.,
wöchentlich 14 M.; bei Abholung b. d. Geschäftsstellen in Breslau vierteljährlich 185 M.,
monatlich 58 M., wöchentlich 14,50 M. Bei der Post vierteljährlich 180 M., monatlich 60 M.

Breslau, Mittwoch, 19. Juli 1922

Einrückungsgebühr für den 10-spaltigen Raum in Mittelgröße (1 Seite 10 3/4 mm hoch), 6,00 M. (Wochenblatt 7,00 M.), bei Anzeigen aus Schlesien und Posen 5,00 und 6,00 M. In der Morgenausgabe Streifenlänge 2,50 M., Familienanzeigen (nur Anzeig- und mehrspaltig), die zweispaltige Mittelgröße 3,00 M., Radfahrer 5,00 M., Anzeigen an bevorzugter Stelle (8spaltig) 8,00 M., Schlesien und Posen 26,00 M.

Verantwortlicher: Dr. Richard Schott. Redaktions-Büro: Ring Nr. 2081, 5722 und 540 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Handelsredaktion Ring Nr. 414. Sprechstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur angenommen, wenn Rückporto beiliegt. Zeitungsabnahme und Anzeigenannahme (Schluss 5 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle Schwebninger Straße 47/48 (Herrnprecher Ring Nr. 194 und 413 und in der Geschäftsstelle Kaiserstraße 17, Herrnprecher Ring Nr. 476). Telegramm-Adresse: Schlesische Zeitung, Breslau 18. Wily. Gottl. Korn. Geschäftsstellen für Ober-Schlesien: Deuthen O.S. Solgerstraße 5, Herrnprecher Deuthen O.S. 195. Bei Eindrungen durch höhere Gewalt, Streik, Auslieferung u. dgl. können Erschließungsrechte nicht berücksichtigt werden.

Autonomie-Keheaus in Oberschlesien.

Chamade auf der ganzen Linie. „Das Ganze halt“, gelassen vom Feldherrn dieses Kampfes, dem Reichstagsabgeordneten und Barrer Ullrich, auf seiner Beuthener Rede am 7. d. M. Was dort noch Bedingung war, daß nämlich der letzte Gesetzentwurf betreffend die Provinzialautonomie Oberschlesiens Gesetz würde, ist inzwischen erfüllt. Wir haben das Gesetz.

Schon lange sah man die Reihen der Autonomiefreunde sich lichten. Die Intelligenz sprang so ziemlich geschlossen ab. Die Unterführer verfielen. Fronde in den eigenen Reihen! Die bestgehähten unter den Autonomiegegnern, die bösen Deutschnationalen, brauchten sich gar nicht erst zu bemühen und haben sich auch nicht bemüht. Der Probeat, aufgestellt von Angehörigen der eigenen Partei, war für Herrn Ullrich und seinen Generalstabschef Ehrhardt — oder ist es umgekehrt? — allein schon eine verlorene Schlacht. Es ist ihnen nicht gelungen, diese große Kanone niederzukämpfen. Es fand sich keiner, der gegen so blanke und dazu noch so bescheidene Zahlen ankommen konnte. Dazu kam die Abgabe der Beamtenchaft. Die Vorkerbungen über den Mißgefallen der beamteten Oberschlesier im Reich hatten ein für die Autonomisten klägliches Ergebnis. Das Reichstags- und Landtagszentrum machte nur lau mit. Es war ein Zug in die Wüste geworden.

Am klarsten wird der Verlauf des Kampfes, wenn man der Chamade die Janjare gegenüberstellt. „Die Provinzialautonomie genügt uns nicht“, hieß es da. „Die Staatsautonomie kommt unter allen Umständen.“ Das Zentrum wird unter allen Umständen auf Einlösung seines Schwerts bestehen. „Eine Schwenkung würde uns das ganze Vertrauen des Volkes kosten.“ „Es ist unrichtig zu glauben, es wäre der Zentrumspartei möglich, die alte Geheimratswirtschaft zu befestigen.“ „Wer gegen die Autonomie arbeitet, begeht einen so großen Verstoß gegen die Parteizucht, daß er sich selber ausschließt, ist ein Verräter“ usw. usw. So klang es aus der autonomiefreundlichen Presse. Die erste Schwenkung bedeutete es, als statt der Staatsautonomie „Reichsland“ oder „Reichsprovinz“ empfohlen wurde. Man dachte wohl daran, auf diese Weise die untraglichen Lasten der Staatsneugründung auf das Reich abzuladen und sie unter den ungeliebten Reichsausgaben verschwinden zu lassen. Verlorene Nebenbahn. Die Einsicht in das Unmöglichkeit dieser Pläne wuchs dadurch nur, und so kam es langsam zu der Formel, es komme ja überhaupt nur auf die Sache, nicht auf die Form an. Nun geht haben wir die Sache, nämlich das Provinzial-Autonomiegesetz für Oberschlesien. Sehen wir es uns einen Augenblick an.

Der § 1 ist weiter nichts, als eine Wiederholung des Art. 86 der Preuß. Verfassungsurkunde. Befehung der wichtigen politischen Beamtenstellen im Einvernehmen mit dem Provinzial-Ausschuss. Dieser Paragraph ist also gänzlich überflüssig; um so überflüssiger, als die preussische Verfassung dieses Recht nicht bloß Oberschlesien, sondern allen preussischen Provinzen eingeräumt hat. Die zeitliche Einschränkung in der Verfassung, „bis nach Durchführung der im Art. 72 vorgesehenen Gesetzgebung“, ist bedeutungslos, denn daß die neue Provinzialordnung das der Provinz vorher verliehene Recht wieder nehmen könnte, kann doch in heutiger Zeit nur ein Kind glauben. § 2 A enthält einige Belanglosigkeiten auf dem Gebiete des öffentlichen Schulwesens. Oberschlesien wird z. B. das volle Bewußtsein haben, die Ferien anders als andere Provinzen festsetzen zu können. Es wird über die Freigabe von Unterrichtsstunden in öffentlichen Schulen mit Rücksicht auf den Konfirmanden-, Kommunion- und Weichunterricht befinden dürfen. Was in diesem Paragraphen außerdem über die Zulassung einer anderen Unterrichts- und Amtssprache gesagt ist, ist nichts anderes, als was schon in deutsch-polnischen Wirtschaftsverträge und in den ihn ergänzenden Gesetzen steht und was die Autonomiefreunde schon lange wußten. Daß dem Provinzialausschuss Gelegenheit zur Stellungnahme in Angelegenheit des Minderheitenschutzes des deutsch-polnischen Abkommens gegeben werden muß, ist eine verwaltungsrechtliche Selbstverständlichkeit, deren gesetzliche Festlegung ebenso überflüssig als unschädlich ist. Weitergehend möchte § 5 ersehen werden, wonach nur diejenigen allgemeinen Bestimmungen des § 2 der Zustimmung der beteiligten Reformminister bedürfen, welche Verhältnisse für Reich oder Staat nach sich ziehen, die andern aber nicht, es sei denn, daß eine Gesetzeswidrigkeit vorliegt. Da aber im Interesse des Staatsganzen die Grenzen des provinziellen Gesetzgebungsrechtes eng genug gesteckt sind, die meisten Gesetzesbestimmungen neueren heute auch Kosten zu verursachen pflegen, so sind auch diese autonomen Rechte nicht eben hoch zu veranschlagen. Eine neue Provinzialordnung, in der die Selbständigkeitsrechte der Provinz ihre endgültige und erwerbende Regelung finden werden, wird im Autonomiegesetz angekündigt. Auch das ist bereits in Art. 72 der preussischen Verfassung gesehen. Wenn die Autonomisten sagen, daß die Bestimmungen der preussischen Verfassung so lange für die provinzielle Selbstverwaltung wertlos gewesen seien, als nicht der Provinz das Recht übertragen ist, sie nun auch in die Praxis zu übertragen, so vergessen sie, daß die preussische Provinz Oberschlesien bereits durch das preussische Gesetz vom 14. Oktober 1919 geschaffen ist und daß nur die Tatsache der Befehung die Durchführung dieses Gesetzes hinderte. Daß dieses Hindernis eines Tages wegfallen würde, wußten sie schon jahrelang. Ein Gesetzentwurf, der dieselben autonomen Rechte, wie jetzt Oberschlesien, allen preussischen Provinzen zubilligte, war schon Ende Juni veröffentlicht worden. Er ist durch den jetzt Gesetz gewordenen Entwurf abgelehnt worden. Als Grund läßt sich nur das erkennen, daß doch der Erfolg der Autonomiefreunde in

Calonder in Berlin.

w. Berlin, 18. Juli. Der Reichspräsident empfing heute mittag den Präsidenten Calonder und die übrigen Mitglieder der gemischten Kommission für Oberschlesien. Zu dem anschließenden Frühstück waren noch geladen der Reichskanzler, der schweizerische Geschäftsträger, Reichstagspräsident Böbe, Vizekanzler Bauer, der preussische Ministerpräsident Braun, Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär Lewald und die Staatssekretäre von Daniel, von Simson und Hammer.

Der Reichspräsident wies in der Begrüßungsansprache darauf hin, daß Calonder als Vorsitzender der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien eine hohe Auffassung seiner Pflichten gezeigt habe und durch gerechte und stets vornehmende Haltung das Zustandekommen der Verständigung wesentlich erleichtert habe. Deutschland habe aus Oberschlesien ein reiches, blühendes Land gemacht. Zahllose Häden verbänden Bergbau, Industrie und Landwirtschaft miteinander und hätten das Land zu einem wirtschaftlichen Ganzen gemacht. Das harte Schicksal, das unser Volk getroffen hat, hat eine Änderung dieses Zustandes bestimmt. Durch die Entscheidung der alliierten Mächte sei die Grenze mitten durch die ober-schlesischen Lande gezogen worden. Deutschland sei entschlossen, alles zu tun, um Oberschlesien, soweit es noch zu Deutschland gehöre, weiter zu entwickeln und ihm nach langer, schwerer Zeit Ruhe, Frieden und Ordnung wiederzugeben. Er hoffe, daß auch die Polen dem reichen ober-schlesischen Lande, das wir ihm blühenden Fortschritts abtreten müßten, in gleicher Weise Fürsorge angedeihen lassen. Das Vertrauen des deutschen Volkes und der deutschen Regierung begleite Calonder bei seiner großen und schweren Aufgabe.

Calonder dankte für die freundliche Aufnahme, die er in Berlin gefunden habe und für das ihm durch die Worte des Reichspräsidenten ausgesprochene Vertrauen. Er drückte die Zuversicht aus, daß es seiner und der Kommission Arbeit gelingen werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, die Gegensätze in dem schwergeprüften Oberschlesien auszugleichen und dem Lande Frieden, Ruhe und Ordnung wiederzugeben.

Das Ende der Rathenau-Mörder.

D. Leipzig, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Über die Auffindung der Mörder Rathenaus erfahren die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgende Einzelheiten:

Fern lag mit einer Decke bedeckt auf dem Lager, Fischer daneben. Beide hatten Schüsse durch die Schläfe. Anscheinend hat Fischer seinen Mithelfer, nachdem beide sich entsetzt sahen, erschossen und dann sich selbst getötet. Schriftstücke wurden bei ihnen nicht vorgefunden. Sie waren vorher von ihnen in der Küche verbrannt worden. Man fand nur Karten von Thüringen und vom Harz sowie einige tausend Mark, vermutlich der Erlös aus dem Verkauf ihrer Fahrräder, die sie in Naumburg zu Geld gemacht hatten und die dort beschlagnahmt worden sind. Die Mörder hatten ihre Kleider abgelegt und Anzüge des Wirtbesizers angelegt. Wie die Mörder in die Burg gelangt sind, ist noch nicht aufgeklärt. Entweder hatten sie Schlüssel zu der Burg oder sie sind am Wirtsbauer zur Plattform emporgellettert und in das Innere gelangt. Die Bewohner des Turmes, Dr. Stein und seine Frau, die sich einige Tage in Leipzig aufgehalten hatten und in der Nacht nach der Entdeckung der Mörder zurückgekehrt waren, befinden sich vorläufig auf der Burg in Schutzgewahrung. Falls der Verdacht der Begünstigung sich bestätigt, werden sie verhaftet.

Die Kriminalpolizei war von zwei Seiten auf die richtige Spur gelenkt worden; von einer Seite, daß die Mörder in Niederturmsburg abgefahren seien, und von anderer Seite, daß sie in Köben seien. Sie rüßte daraufhin zwei Kriminalbeamte als Touristen aus, die das Gebiet zwischen Naumburg und Köben beobachten sollten. Von Köben wurde die Spur nach Burg Saaleck verfolgt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, daß die Mörder in der Burg Saaleck gefasst seien; die ganze Umgegend und ganz Köben eilte hinaus auf den Schauplatz.

einem gar zu kläglichen Rechte erdienen wäre, wenn sie nicht ein besonderes Gesetz für Oberschlesien bekommen hätten.

Alles in allem, wenn das das Ergebnis der jahrelangen Kämpfe ist, so hat es sich doch nicht gelohnt, so große Worte in den Mund zu nehmen, und die Autonomiefreunde haben wahrhaftig keine Veranlassung, von einem Siege zu sprechen und sich zu brüsten, daß das, was erreicht wurde, nur der Energie des ober-schlesischen Zentrums zu verdanken sei. Im ganzen haben sie offene Türen eingemacht. Ein großer Aufwand ist unnütz verloren, Millionen vergeudet, eine Flut von Tinte und Druckerwärme vergebens aufgewandt und neue Zwietracht in ein ruhebedürftiges Volk getragen. Nur eins muß man bemerken, daß die Führer dieser Bewegung mit einem solchen Ergebnis vor ihre Anhänger tretend gewiß sind, sie auch bei Umkehr hinter sich zu behalten. Freilich das offene Bekenntnis, einer besseren Einsicht gefolgt zu sein und anzuerkennen zu müssen, daß das Gesetz vom November 1920 dem Wandel der Dinge nicht standhalten könne, hätte ihnen besser zu Gesicht gestanden. Es hätte der Veröhnung, die sie jetzt so stark betreiben, mehr gedient. Jetzt hat man natürlich das Gefühl, daß es sich bei dieser neuesten Unternehmung nur um einen Schachzug handelt, der der eigenen Parteilippe dienen soll, nicht aber um die eheliche Aufrichtung einer breiten deutschen Front in Oberschlesien, die in der Tat ein so dringendes Erfordernis ist.

Zimmerhin seien wir froh, daß wir uns die für Reich und Staat gleich böse Klippe einer bundesstaatlichen Autonomie noch so glimpflich herumgenommen sind und daß wir, wenn

Die Moratoriumsfrage.

London, 18. Juli. Da England es ablehnt, Frankreich Schulden zu erlassen, nur um Frankreichs Zustimmung für ein Moratorium zu erlangen und so eine endgültige Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen, ist die Situation ernster geworden. Frankreich drängt mit Macht auf eine Erklärung der Reparationskommission, Deutschlands Zahlungseinstellung sei abichtlich erfolgt. Die Erfüllung dieses Wunsches durch die Reparationskommission wird sehr bezweifelt. Der Bericht des Garantienkomitees lautet für Deutschland günstig.

Frankösishe Stimmungsmache gegen das Moratorium.

Paris, 18. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Das Garantienkomitee wird erst morgen um 11 Uhr nachts in Paris zurückerwartet. Der „Temps“ macht darauf aufmerksam, daß man nur illusorische Ergebnisse von der Reise des Garantienkomitees erwarten könne, auch wenn dieses den Anschein erwecken sollte, als ob es tatsächlich befriedigende Resultate nach Paris mitbrächte. Es wäre vergeblich, wenn das Garantienkomitee die Mittel erhalten hätte, das deutsche Budget und die Steuereinnahmen zu kontrollieren, es wäre auch nutzlos, wenn es das Versprechen erhalten hätte, daß Gesetze gegen die Kapitalflucht geschaffen würden, wenn nicht zugleich dem Garantienkomitee die Gewißheit gegeben würde, daß die Mißbräuche, die es feststellte, abgeschafft würden und daß alle Beschlüsse ausgeführt würden, die dem Garantienkomitee umgänglich notwendig erschienen sind. Solange eine solche Gewißheit nicht gegeben sei, könnte auch das Garantienkomitee nur Informationen, aber keine Goldmark zuwege fördern.

Nunmehr müsse man wissen, ob die Alliierten Frankreichs dem Garantienkomitee die nötigen Machtbefugnisse erteilen wollten. Dies könnte leicht geschehen, wenn man den verschiedenen Vertretern in der Reparationskommission den Auftrag erteilen würde, sich für die Überweisung solcher Machtbefugnisse auszusprechen. Am Schlusse seines Artikels stimmt der „Temps“ das alte Lied an, daß der Bankrott Deutschlands festgestellt werden müsse und eine interalliierte Finanzkontrolle über Deutschland verhängt werden müsse. Wenn dies nicht geschehe, wenn namentlich keine Sanktionen ausgeführt würden, wäre es besser, wenn jeder der Alliierten seine volle Handlungsfreiheit wieder aufnehmen würde.

Das Inkrafttreten des Güterlieferungsabkommens.

Berlin, 18. Juli. Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt: Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 6. Oktober 1921 und das Nuppel-Gillett-Abkommen vom 18. März und 8. Juni 1922 werden nach dem Inkrafttreten der deutschen und französischen Regierung vom 20. Juli ab angewendet. Vom 20. Juli ab gilt deshalb für die Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Gunze-Wemelmans-Abkommens vom 2. Juni. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste zusammengestellte Waren, wofür das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit der Durchführung des letzteren wurde der Reichskommissar für Ausführung von Aufkaufarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen worden, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Reichsgesandter und Hochverräter.

SS Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht schwere Anschuldigungen gegen den Reichsgesandten Grafen Cech in München, der mit Hilfe des wegen Hochverrats verurteilten französischen Exilanten Freiherrn von Leoprechting gegen die bayerische Regierung intrigiert habe. Der „Bayerische Kurier“ wirft dem Grafen Cech vor, er habe sich wie der Vertreter einer fremden Macht im deutschen Bundeslande betragen und als Reichsgesandter geheime Nachrichten eines französischen Soldatens unter schändlicher Anzeiwelung der Reichstreue Bayerns als Stimmungsberichte nach Berlin weitergeleitet.

der unumgängliche Abstimmungstag des 3. September vorbei sein wird, endlich klare Bahn für den Aufbau Oberschlesiens vor uns sehen. Die Rechtsparteien werden sich der Verbreiterung der deutschen Front gewiß nicht verschließen, sobald sie die Überzeugung haben, daß in Oberschlesien nicht alles darauf abgestellt wird, sie selber mit allen ihnen Zugehörigen an die Wand zu drücken und eine einseitige Parteiherrschaft zu errichten. Sie bringen in der Meinung, daß, wer ein guter Deutscher und Preuze ist und die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, Vertrauen verdient, dieses Vertrauen auch den neuen Beamten entgegen, die ihren Einzug in Oberschlesien gehalten haben und halten werden, werden natürlich aber auch fortan der großen Verdienste der geschiedenen und noch ausstehenden Beamten gedenken. Die Rechtsparteien stellen endlich auch ihre Kraft und ihre Intelligenz zur Verfügung der neuen provinziellen Landesvertretung. Wenn der Barrer Ullrich in seiner Beuthener Rede ganz allgemein „Vergessen“ gefordert hat, so lautet die Antwort der Rechtsparteien: Ja, wenn man uns auch wirklich gestattet zu „vergessen“, wenn man nicht wieder Sünden begeht gegen das, was in erster Linie gegen die Feinde ringsum und insbesondere dem begehrteten und raffinsten aller Feinde, dem Feind im Osten gegenüber, nottut, wenn der ungeliebte Staatsautonomiedanke endgültig begraben wird und nicht kraft jenes immer noch rechtsherrlichen Art. 18 der Reichsverfassung eines schönen Tages seine Auferstehung feiert. In allen diesen Umständen werden die Rechtsparteien weiter auf der Wacht stehen. Sie wissen, daß sie damit Oberschlesien am besten dienen.
G. L.

Schlusssitzung des Reichstags.

88 Berlin, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die letzte Sitzung des Reichstages war noch eine recht stürmische. Hervorgehoben wurden die an die Notbrennautage erinnernden Szenen durch den deutschnationalen Abgeordneten Bazille. Die Art, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Reil, der als württembergischer Arbeitsminister der Vorgesetzte Bazilles ist, gegen diesen dann vorging, war sehr persönlich gefärbt. Daß sie trotzdem den Vorkall der Linken fand, ist bezeichnend für das parlamentarische Anstandsgefühl dieser Seite des Hauses.

Die Rede, die der deutsche Volksparteiler Stresemann dann hielt, war auf den künftigen Bürgerblock von den Demokraten bis zur Deutschen Volkspartei eingestellt. Sie war geeignet, auf die erregten Gemüter beruhigend einzuwirken; bei den Unabhängigen fand er freilich wenig Gegenliebe. Mit 303 gegen 102 Stimmen wurde das Gesetz zum Schutze der Republik schließlich endgültig angenommen. Es bleibt nun abzuwarten, ob das Gesetz gleichmäßig gegen rechts wie gegen links angewendet werden wird. Die Unabhängigen, die ja mit den Sozialdemokraten die Arbeitsgemeinschaft und später vielleicht auch die Fraktionsgemeinschaft haben werden, haben durch ihren Vertreter schon den schärfsten Kampf ansetzen lassen für den Fall, daß das Gesetz gegen die Arbeiterschaft mißbraucht werden würde. Auch die Nebengesetze zu diesem Hauptstück wurden ungefähr mit der gleichen Stimmenszahl bewilligt; nur fehlte hier meist die Deutsche Volkspartei.

Lebhafte Widerstand setzten die Mitglieder der äußersten Linken begrifflicherweise dem Antrage der Regierungsparteien entgegen, der auch das Sprengen von Versammlungen unter Strafe stellen will. Mit Hilfe der Unabhängigen, die zunächst über die Stellungnahme ihrer neuen Gewerkschaftsgenossen nicht richtig informiert waren, gelang es ihnen, den Antrag zweimal zu Fall zu bringen. Erst in der dritten Lesung glückte es, ihn auf die Tagesordnung zu setzen. Er wurde dem Rechtsausschuß überwiesen, wo er vorläufig begrabener liegt. Man wird es mit der Ausgrabung auch nicht so eilig haben; der Antrag könnte ja auf der rechten Seite erledigt werden. Als dann die Tagesordnung nach neunstündiger Dauer erschöpft war, konnten die Volksparteier, nachdem sie ihr Portefeuille noch mit 10 000 Mark monatlicher Diäten beschwert hatten, unter gegenseitigen Verbeugungen und Dankesbeweisungen ihre Sommerferien antreten.

Über den Verkauf der Sitzung geht uns folgendes Bericht zu:

Auf der heutigen, sehr unruhigen Tagesordnung des Reichstages stand zunächst ein Antrag der drei Regierungsparteien auf Einsetzung eines Untersuchungskommissars zur Prüfung der Wahrheit, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind bis jetzt, wie sie durch den Reichswehrminister erledigt worden sind. Eine Debatte fand nicht statt. Die Abstimmung wurde zurückgestellt. Nach heftiger Erörterung eines Heinerz Barones wurde das Untersuchungsgericht ohne Anwesenheit in allen drei Lesungen angenommen. Die dritte Beratung des Gesetzes gegen die Postage der Presse ergab ohne weitere Aussprache die Annahme des Gesetzes gegen den Verstoß gegen die dritte Beratung des Gesetzes gegen die Postage der Presse.

Abg. Bazille (Dtn.) wendete sich gegen das Gesetz. Der Reichskanzler habe mit seiner Kampfanlage gegen rechts in einer Minute mehr gesagt, als er in seinem ganzen Leben verantworten könne. Das Gesetz widerspreche allen Grundsätzen der Demokratie. Es mache jede Verdammung unmöglich. In diesen sogenannten Gesetzen zum Schutze der sogenannten deutschen Republik... Diese Worte führen zu stürmischen Entrüstungsäußerungen bei den sozialistischen Parteien. Präsident Lobe erwidert dem Redner, die Stimmung im Hause nicht unnötig zu verschärfen. In dem allgemeinen Lärm bleiben die weiteren Ausführungen des Abg. Bazille zum Teil unverständlich. Der Sturm legt sich schließlich und der Redner erklärt: Wir sind für die deutschböhmische Bewegung nur soweit verantwortlich, wie sie im Rahmen unserer Partei sich bewegt. Die deutschböhmische Bewegung ist die notwendige Reaktion gegen den Internationalismus. Den großen deutschböhmischen Gedanken halten wir fest. (Gelächter links.) Auch wir leben in der schwersten Stunde, daß sich solche Attentate wiederholen könnten. Auf einen Ruf des Abg. Löwenstein (L. S.) antwortet Abg. Bazille: Sie, lieber Freund aus dem alten Testament, sollten ganz ruhig sein! Er weist darauf aus dem alten Testament nach, daß die Juden den politischen Mord verdrängt hätten, wie

New-York, 18. Juli. (Frachtdienst.) Wechsel auf Berlin Schlusssatz 100 Mark = 0,21% (0,21%) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 462,427 (457,142) Mark.

der Fall Judith-Holofernes beweise. Abg. Stampfer (S.) wird wegen eines beleidigenden Zwischenrufes zur Ordnung gerufen. Die sozialistischen Abgeordneten verlassen schließlich den Saal. Der Redner legt dann weiter dar, daß die deutschnationale Volkspartei mit den Arbeiterorganisationen nichts zu tun habe. Als er dabei heftige Angriffe gegen den Reichskanzler richtet, erhebt sich ein Sturm der Entrüstung bei den inwischen zurückgekehrten sozialdemokratischen Abgeordneten. Abg. Siebel (S.) rief ihm unter lebhafter Zustimmung seiner Freunde zu: Sie sind ein ganz elender Heuchler und Verleumder! Präsident Lobe erteilt dem Redner einen Ordnungsruf und hat große Mühe, den Sturm der Erregung, der sich bis auf die Reihen des Centrum's erstreckt, zu beschwichtigen. Er ermahnt den Redner dringend, nicht auf diese Weise einen neuen Sturm im Hause und im Lande zu entfachen. Abg. Bazille erklärt darauf, er würde bedauern, wenn seine Ausführungen als persönliche Angriffe aufgefaßt würden. Die deutschnationale Volkspartei wolle weder den gewalttätigen Umsturz noch den Revolverkrieg. Von ihrer Pflicht der Kritik werde sie sich auch durch das Schicksal nicht abbringen lassen. (Beifall und Weifen.)

Abg. Reil (Sog.): Der Abgeordnete Bazille ist besonders berufen, hier gegen die internationale Bestimmung zu weitem und seine deutschböhmische Auffassung zu betonen. Ich mache ihm nicht zum Vorwurf, daß er als Zivilgouverneur in der belgischen Provinz Limburg während des ganzen Krieges neben seinem sonstigen Beamtenehmt eine Bageszulage von 40 Mk. bezogen hat. Dafür hat er das E. R. II und den württembergischen Hausorden bekommen. Er hat sich tapfer verlorst mit den Nahrungsmitteln, die für die Truppen draußen bestimmt waren. Er tat nach Kriegsausbruch zwar keinen Dienst, weil er Abgeordneter war, aber er verlangte und erhielt sein Gehalt als württembergischer Beamter. Erst nachträglich kam heraus, daß er noch in derselben Zeit, wo er sein Gehalt von Württemberg erhob, das Gehalt von der belgischen Zivilverwaltung bezog. Ich nenne den Abg. Bazille einen Betrüger. (Präsident Lobe rügt diesen Ausdruck.) Dann nenne ich seine Handlungen Betrug. Dieser Herr Bazille, der auch zu Unrecht Reisegebühren erhoben hat, will hier als Moralheld auftreten. Ihm muß der Spiegel vorgehalten werden.

Abg. Fehrenbach (B.): Ich will auf die Persönlichkeit des Herrn Bazille nicht eingehen, aber seine aufreizenden, verächtlichen Ausführungen verdienen eine kurze und entschiedene Zurückweisung. Was der Abg. Bazille hier vorgebracht, war vollständig präpariertes Gift, das er verpackt hat zum Schaden des ganzen Volkes. Sie (nach rechts) haben diese Rede angehört, können Sie sie billigen? (Abg. Graf Westarp: Jawohl — Stürmische Entrüstungsäußerungen bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Stresemann (D. W.): Ich kann nicht feststellen, ob die persönlichen Anschuldigungen gegen den Abg. Bazille zutreffen. Grundrühmte ich mich aber dagegen, wenn man, daß etwa Fehrlaus aus den Geheimnissen eines Ministers auf der Reichsstrastribüne verhandelt wird. (Beifall rechts.) Mit der Vorlesung in der Ausschussfassung sind wir einverstanden. Sie kann in dieser Fassung nicht mehr einseitig nach einer Richtung angeordnet werden. Die Wünsche des Herrn sind weitgehend berücksichtigt worden. Immerhin bringt das Gesetz empfindliche Eingriffe in die bürgerliche Freiheit. Wir werden alle dafür sorgen müssen, daß bei der Durchführung nicht schikanös und parteiisch vorgegangen wird. (Beifall rechts.) Die Mehrheit meiner Freunde wird deshalb der Vorlage zustimmen, weil sie den Erlass des unfriedlichen Zustandes der Reichsregierung durch den geschickten Zustand wünscht. Der Widerstand der Linken gegen die Mitwirkung des Reichstages ist mit dem Geist der Versammlung schwer zu vereinbaren. Die Bayern sollten aber auch aufhören, immer zu betonen, daß nur im Norden Erschütterungen der Ordnung und Staatsautorität vorkommen. In Bayern hat es diese Erschütterungen früher gegeben und wir haben gern zur Wiederherstellung der Ordnung geholfen. Dieser Gedanke der Reichseinheit sollte auch in Bayern mehr beachtet werden. Wir werden zu einem Wiederaufbau niemals kommen, wenn zu all der übrigen inneren Verläufte noch der Streit um die Staatsform tritt. (Beifall.) Verlangen Sie (nach links) nicht von uns, daß wir Novemberrepublikaner werden; lassen Sie sich daran genügen, daß wir in dieser schweren Zeit den Streit um die Staatsform zurückstellen und zur Mitarbeit an dem jetzigen republikanischen Staat auffordern. (Beifall.) Ich freue mich, daß auch die Deutschen Sozialdemokraten einen solchen Aufruf an die Jugend

Abg. Bazille (Dtn.): Wir haben uns nach Kräften bemüht, die Volkserregung zu beschwichtigen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Der Reichskanzler hat doch zuerst davon gesprochen, daß Gift von uns in die Wunde gespritzt worden wäre. (Auf links: Mit Recht!) Der Abg. Reil, der gegenwärtig die Ehre hat, mein Vorgesetzter zu sein, hat hier als württembergischer Arbeitsminister gesprochen. Er hat Auszüge aus meinen Personallisten vorgelesen. Herr Minister Reil, Sie waren nicht berechtigt, das Amtsgeheimnis zu verletzen. (Stürmischer Gelächter; Auf: Das ist die Verteidigung!) Außerdem sind die gegen mich erhobenen Angriffe unmaß! Die Lebensmittel, die ich aus Belgien mitbrachte, habe ich nicht deutschen Soldaten entzogen, sondern in Belgien gekauft. (Gelächter links; Auf: Schieber!) Auch die weiteren Angriffe treffen nicht zu. Nach Beendigung meiner Tätigkeit in Belgien waren für die belgische Zivilverwaltung noch immer einige Aufträge zu erledigen. Dafür habe ich die Hälfte eines Monatsgehalts, nämlich 500 Mk. erhalten, die mir später als rechtmäßige Zulage zugewilligt wurden. Warum hat denn der Minister Reil nicht gegen mich das Disziplinarverfahren eingeleitet? Ich fordere ihn auf, das jetzt noch zu tun, ich werde dabei gern auf meine Immunität verzichten. (Beifall rechts.)

Abg. Fehrenbach (B.) beantragte, dieser unerquicklichen Debatte ein Ende zu machen. Der Reichstag sei nicht das Forum zur Entscheidung solcher persönlichen Angelegenheiten. (Zustimmung.) Hierauf folgten die Abstimmungen. Sie eraben in allen Fällen die Annahme der von den Regierungsparteien gestellten Änderungsanträge mit einer Mehrheit, die aus den beiden sozialdemokratischen Fraktionen, dem Zentrum und den Demokraten bestand. Für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmten auch die Deutsche Volkspartei. In der namentlichen Schlussabstimmung wurde das Gesetz mit 303 gegen 102 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmten neben den Deutschnationalen, den Kommunisten und den bayerischen Fraktionen auch einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei, darunter Abg. Schöck, Abg. Stinnesfeldt. Ernährungsminister Fehr stimmte im Gegensatz zum bayerischen Bauernbunde, dem er angehört, mit ja. Der Präsident Lobe stellte fest, daß die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz erreicht sei. (Beifall.) Nachträglich wurde dann die Einsetzung des Untersuchungsausschusses für die gegen die Reichswehr erhobenen Beschuldigungen mit der verfassungsmäßig notwendigen Mehrheit beschlossen.

Das Amnestiegesetz wurde ohne Aussprache in dritter Beratung angenommen. Das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik wurde mit einigen Änderungen in der namentlichen Schlussabstimmung mit der nach der Verfassung notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Dafür wurden 278, dagegen 187 Stimmen abgegeben. Mit den Deutschnationalen, den Kommunisten und der bayerischen Volkspartei stimmten auch viele Abgeordnete der Deutschen Volkspartei gegen die Vorlage. Es folgte die dritte Beratung des Reichsstrafgesetzbuches, das nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit angenommen wurde. Hierauf wurde auch das Gesetz über die Verwilligung von 75 Millionen Mark zum Schutze der Republik ohne weitere Aussprache in dritter Beratung mit großer Mehrheit angenommen.

Der ersten Beratung eines Antrages der Regierungsparteien auf Änderung des Strafgesetzbuches (Majnahmen gegen Spionage von Versammlungen), der nachträglich eingebracht wurde, widersprachen die Kommunisten. Präsident Lobe schloß vor, diesen Antrag auf die Tagesordnung einer neuen Sitzung zu setzen. Auch das wurde durch einen genügend unterstützten Einspruch der Kommunisten unmöglich gemacht. Präsident Lobe schloß um 5 1/2 Uhr die Sitzung und benannte eine neue Sitzung auf 5 1/2 Uhr an.

Auch in der neuen Sitzung bereiteten die Kommunisten den Einbringung dieses Antrages wieder Schwierigkeiten, so daß er erst in einer dritten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Nach längerer Debatte, in der die Sozialisten gegen den Antrag sprachen, während der bremische Gesandte Dr. Neeltau für denselben eintrat, wurde der Antrag gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien dem Reichsausschuß überwiesen. Ohne Aussprache wurde dann noch in allen drei Lesungen ein Gesetz angenommen, das die Diäten der Abgeordneten auf 10 000 Mark monatlich erhöht.

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen ergriff sodann der Abg. Stresemann das Wort, um unter der allseitigen Zustimmung des Hauses dem Reichstagspräsidenten Lobe den Dank auszusprechen für die ausgezeichnete Leitung der Verhandlungen, einer Aufgabe, der er sich mit Kraft, Energie und Sumor unterzogen habe. Präsident Lobe dankte für die Anerkennung und schloß um 7 1/2 Uhr die Tagung mit dem Wunsch, daß künftig zahlreichere Petitionen für Reich und Reichstag kommen mögen. Der Präsident erbat und erhielt die Ermächtigung, den Reichstag einzuberufen, wenn es die politische Lage verlange, spätestens jedoch zum 17. Oktober.

Theater.

Rebtheater. Gastspiel des Wiener Burgtheaters: Frau Sultner. Carl Schönberr's Schauspiel verquilt mit literarischen Naturalismus ein psychologisches Motiv aus der hohen Tragödie. Frau Sultner, Krämerin in einem Tiroler Dorfe, und ihr Ehemann Caspar haben es durch jahrelanges, rastloses Schaffen — sie in ihrem Krautladen, er in Lohnarbeit für andere — endlich so weit gebracht, daß die Schulden, die sie einst bei Erwerb ihres Ansehens machen mußten, vollständig abbezahlt, daß sie selbst nunmehr dessen wirkliche Besitzer sind. Doch in das Glückseligkeit herüber mischt sich bald Mitterkeit. Denn sie sind kinderlos. Der vierjährige Mann ist noch ein Kinde an Kraft, aber die Frau ist acht Jahre älter, von der Arbeit und den Sorgen gemüht. Und das biederliche Gefühl der Wadenständigkeit, das in die Zukunft überzuleben, den mit schwerer Mühe beschafften und gepflanzten Besitz nur wieder auf Menschen eigenen Wadens übertragen lassen will, läßt zuerst den Mann unwillig werden über die Frau, die ihm keinen Erben schenken konnte. Auch von da an wird die Frau durch mit Stacheln gequilt, sie fühlt sich verlassen, er räumt ab der Welt, und da reißt in ihr ein heroischer Entschluß. Sie hat beobachtet, daß ihr Mann ein forden aus der Fremde heimgekehrtes Mädchen aus Fribereicher Familie, die hübsche, brave und arbeitame Gretl, mit Wohlgefallen betrachtet. Sie nimmt das Mädchen als Gehilfin für den Laden und die Wirtschaft ins Haus — und sieht dann auch, wie sich still entwickelt, was da voranzusehen war. Und eines Tages richtet sie sich für eine Einkaufsreise nach der Stadt vorabschiedet sich von ihrem Heim in einer Weise, die den Zuschauer ahnen läßt, daß das ein Abschied für immer ist, und kehrt auch nicht lebend wieder. Sie ist, so heißt es im Dorte, ertrunken, als sie bei der Heimkehr in der Dunkelheit den Abhiraunsweg mit dem schlechten Steg über den Wildbach benutzte. Gretl aber bleibt auf Caspars Bitte im Hause, damit Küche und Laden nicht verlassen sind. Eine hübsche psychologische Detailmalerei umschließt diese einfachen Vorgänge zu einer innerlich reichhaltigen Gestaltung. Hedwig Weller'sche hatte die schwierige Aufgabe, die robuste, einseitige Landkrämerin mit der Seele einer hochselben Selbst glaubhaft zu machen. Sie legte die Gestalt vorweg so an, daß man spüren mußte, diese Frau Sultner sei keine Dilettantin vom Durchschnittsstande; trotz all der Trivialitäten des Wirklichkeits im Krantladen ließ deren Wesen nicht nur die ihr vom Dichter selbst zuerteilten Vorzüge des Charakters, sondern auch ein Empfindungsleben höherer Art erkennbar werden. Weiterhin im höchsten Grade war es, wie die Künstlerin die mit keinem Wort offen ausgesprochene Idee der Selbstopferung durch ihr Wesen mehr und mehr sichtbar werden ließ, wie sie die Seelenkämpfe zum Ausdruck brachte, die trotz des im stillen beschlossenen Verzichts die doch immer wieder aufsteigende Eifersucht auf das junge Mädchen hervorgerufen mußte, und wie sie zuletzt bei der Abschieds still auch von Glück und Leben Abschied nahm. Dabei machte ihre vollendete Sprechkunst trotz des Tiroler Dialekts jedes Wort klar verständlich. Auch die Rolle der arbeitamen und

gumtlichen Gretl, die an nichts Unrechtes denkt und erst im letzten Akt durch eine einzige kleine Wendung verrät, welches Gefühl in ihr entzündet ist, war durch Lotte Medelsky glänzend vertreten, ebenso durch Marie Moll die der ersten Labengehilfin Heidi, deren Dorsheit und Schwärzlichkeit einige wenige heitere Momente in das Ganze bringt. Auch diese beiden Darstellerinnen sprachen so, daß der fremde Dialekt der Hörerschaft keine Schwierigkeiten zu bereiten brachte, während bei Herrn Max Paulsen, der den herben, innerlich etwas haltlosen Kaspar Sultner lebensevoll verportete, manches auch für den des Dialekts Kundigen unverständlich blieb. Noch weniger geizte sich Herr Marcell Bernward, der den Arzt spielte, auf die Musik des Raumes ein. Das sehr auf besetzte, fast volle Haus brachte vor allem Hedwig Weller'sche, aber auch den Damen Medelsky und Moll sowie Herrn Paulsen große Aufmunterung dar. Über hinterher konnte man auch manches Bedauern darüber hören, daß solche Kräfte nicht ein bedeutenderes Bühnenstück gewühlt hätten.

Aus Kunst und Leben.

rz. Aus Leipzig wird uns berichtet: Ein Strafprozess wegen unzüchtiger Kunstäußerungen beschäftigte dieser Tage den höchsten Gerichtshof. Das Landgericht II in Berlin hat am 27. Oktober v. J. den Verleger Wolfgang Gurlitt wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zu einer Geldstrafe von 1000 Mk. verurteilt. Außerdem wurde das hier in Frage kommende Werk, „Der Venuswagen“, zum Zwecke der Vernichtung eingezogen. Der Verleger dieses Werkes, welches in mehreren Luxusausgaben zu einem Preis von 5850 Mk. erschienen ist, hat sich zur Aufkauf gesetzt, die Entwicklung der Erotik im Laufe der verschiedenen Kulturperioden zu verfolgen. Die elegante Sprache des Werkes wird durch eine Reihe von Bildern unterstützt. Diese Bilder sind im Zusammenhang mit dem Text von dem Gericht als höchst unzüchtig angesehen worden. Im Urteil wurde ausgeführt, daß das Werk von kulturhistorischen Standpunkt zwar sehr interessant ist, daß es aber trotzdem eine große Gefahr für die Moral darstellt. Dem Verleger sei keine unbedingte Sicherheit geloten, daß die Bilder nur in die Hände von solchen Lesern kommen, bei denen die reine Freude an dem Schönen jedes erotische Moment in den Hintergrund drängt. Die Kunstverständigen meinte in der Hauptverhandlung vernommen wurden, äußerten sich dahin, daß die Tendenz des Werkes lediglich die eines wissenschaftlichen Werkes sei; daß dabei das Erotische in den Vordergrund trete, sei bei dem Zweck des „Venuswagen“ selbstverständlich. Das Gericht jedoch sich dieser Meinung jedoch nicht an, da in diesem Falle nicht das Urteil eines sachverständigen Künstlers maßgebend sei, sondern die Wirkung der Bilder und des Textes, welche bei einem Menschen mit normalem Sittlichkeitsbewußtsein bei deren Anblick hervorgerufen werde. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Er führte aus, daß das Gericht den Begriff der öffentlichen Ausbietung verkannt habe. Er habe das Buch auf dem Wege der Subskription an einen Teil der Öffentlichkeit gelangen lassen, womit ihm genügt sei.

Das ist nur ein sachverständiges Publikum gelang. Das Reichsgericht verwarf indessen die Revision als unbegründet, da weder der hohe Preis, noch die Art der Verbreitung dem Verleger eine genügende Sicherheit dafür bieten, daß der „Venuswagen“ nicht in die Hände Unberufener kommt. Auch berühre es eigenartig, daß einem Werke, welches die Erotik veranlagert Zeiten behandelt, Bilder beigelegt werden, die in Technik, Gedankengänge, Darstellung und Inhalt der modernsten Zeit entstammen.

— Die „drastische Trauung“ ist die neueste Mode in Amerika, wo in gegenwärtig die drastische Telephonie und Telegraphie die Gemüter wie nichts anderes beschäftigt. Den Weltfreund in dieser Hinsicht hält eine junge Dame in Detroit, die einen Geocoffier heiratete, während sich dieser an Bord eines Schiffes mitten im Atlantischen Ozean befand. Das vollständige Trauungszeremoniell wurde von dem Schiffskaplan nur im Weisheit des Fräulein vollzogen und dann wurde diese Heirat auf ein kraftloses Meer gegen 5000 Kilometer weit nach einer Strecke in Detroit übermittelte, wo die Braut vor dem Altar des Bräutigams harrte. Wohl erwidert empfing sie die drastische Meldung von dem Standort ihres Zukünftigen, und hauchte nun überstürzt das „Ja“, worauf sie dann mit der ganzen Hochzeitgesellschaft als Jungvermählte das Gotteshaus verließ und von einer drahtlosen Menge als „drastische Braut“ jubelnd begrüßt wurde. Diese drastische Trauung, die großes Aufsehen erregte, fand bald Nachahmung, und sie gilt heute für „marter“ als die Trauung im Klugauge, die von den abenteuerlustigen Yankee einige Zeit als „letzte Neuheit“ gefeiert wurde. Eine solche „Lufthochzeit“ fand kürzlich auf einem New Yorker Sportplatz statt, und zwar flog der Brautpaar mit einem besonderen Klugauge hinter dem Brautpaar her, worauf dann in den lustigen Höhen der Bund fürs Leben geschlossen wurde. Durch telephonische Verbindung konnte die auf der Erde verammelte zahlreiche Menge die Trauungsel die Trauung und die Antworten des Paares ganz deutlich hören.

Über einen Eschbauaufund in Ostpreußen wird uns aus Bismarck berichtet: Es sind nun bald achtzig Jahre her, daß nördlich des Bodensees durch Grabungen bei Schaffersried ganze Pfahlbauhöhlen mit noch erhaltenen Häusern aufgedeckt wurden, die sich durch das räumlich emporgewachsene Moos so wunderbar konserviert hatten, daß die Pfahlbauforschung dadurch eine feste Grundlage erhielt und erst den rechten Anstoß zum Studium unserer Vor- und Frühgeschichte gab. In diesen Wochen ist im Küstengebiet Ostpreußens bei dem Dorfe Pr. Vahnau im Kreise Heiligenbeil ein neuer ähnlicher Fund von großer Bedeutung gemacht worden; bei Bewässerungsarbeiten stieß man auf dem Gute eines Herrn Ginnmann auf Reste einer jungsteinzeitlichen Pfahlbauwohnung, wie sie in dieser Gegend noch niemals festzustellen worden sind. Im Einzelnen grub man u. a. Gefäßscherben, Teile von Mörtelstein und Kalkstein, Stein- und Knochengeräte und auch Bernsteinfunde aus, der in dieser Gegend ja nicht selten in der Erde gefunden wird. Erfreulicherweise sind sofort die Sachverständigen der durch ihr hiesiges Museum vermittelten Altertumsgesellschaft „Russia“ hinzugezogen worden. Sie

Englischer Wirtschaftsbrief.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

London, 14. Juli.

Der amerikanische Konsul in London hat in einer Rede, worin er sich sehr optimistisch über die Aussichten von Handel und Industrie in England äußerte und die merkwürdige Idee aus sprach, die verbesserte Geschäftslage scheint zu beweisen, daß England doch nicht so völlig von dem europäischen Markt abhängig, als man bisher angenommen habe, sondern sich wie Amerika im Notfall selbst genügende Wanne.

Ich glaube, daß die meisten Engländer, welche diese Ausführungen des Mr. Garvey hörten, den Kopf beherztlich schüttelten und kein Hauptargument für eine solche Auffassung, daß es nämlich Mitte Juli einige 400 000 Arbeitslose weniger gebe, als am 1. Januar, nicht sehr zugünstig fanden. Daß es mitten im Sommer bedeutend weniger Arbeitslose gibt als mitten im Winter, ist selbstverständlich und beweist für die angelegliche große Verbesserung in der Geschäftslage recht wenig. Das Ersparliche und für England tief Bedeutsame ist vielmehr, daß auch heute, mitten im Sommer, noch immer, wie eben offiziell mitgeteilt wurde, 1 889 900 Personen als völlig arbeitslos und 98 400 als nur teilweise beschäftigt registriert sind, wobei zu beachten ist, daß durchaus nicht alle Arbeitslosen auch registriert sind. Jedenfalls bleibt aber bestehen, daß an der Zahl von 1 889 900 Menschen heute in Großbritannien von öffentlicher Unterstützung leben und daß die Frage immer dringender wird, wie lange Handel und Industrie diese furchtbare Extrabehaftung noch aushalten können. Die Kassen der Gewerkschaften sind leer; die nationale Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist bankrott; die schweren Gemeindefiskalrisiken nicht mehr aus, um die Summen aufzubringen, welche die Gehälter der Arbeitslosen verschlingt, und überall müssen die Stadtvorkonten auf diesem Posten borgen.

So wenig als die Arbeitslosenstatistik scheinen mir die Verabsicherung der Bankrate auf 8 Proz. — im Januar betrug sie noch 6 Proz. — und der letzte Ausweis des Handelsamtes Garveys Optimismus zu rechtfertigen. Die Herabsetzung der Bankrate hat natürlich viel mit dem nicht verheimlichten Wunsch des Schatzamtes zu tun, Geld zu sich verbilligenden Säcken zu borgen; sie wurde aber nur dadurch möglich, daß die allgemeine Geschäftslosigkeit der Erfüllung dieses Wunsches keine Hindernisse bereite. Und den enttäuschenden Charakter der Außenhandelsstatistik charakterisiert schon die Tatsache zur Genüge, daß der Wert der Einfuhr im Juni nicht ger war als in irgendeinem der letzten neun Monate und daß sich die Einfuhr im abgelaufenen Halbjahr nur auf 418 580 716 Pfund Sterling bezifferte oder auf 366 924 607 Pfund Sterling weniger als im entsprechenden Halbjahre von 1920, dem letzten guten Jahre.

Das Problem der Arbeitslosigkeit und des Wiederaufbaus von Handel und Industrie hängt, wie hier kaum jemand bezweifelt, ganz von der Frage ab, ob man die ganze Weltmaschine des internationalen Handels und Kredit, welche der Versailles Friede völlig dislozierte, wieder in Gang bringen kann, und das Vertrauen darauf hat durch den neuesten Marktsturz einen schweren Stoß erlitten, was sich während der letzten Tage in allen britischen Handelszentren durch die ausgesprochenste Abneigung verrät, mehr zu kaufen, als man unmittelbar braucht. Jedenfalls widersprechen hier sehr wenige Leute der Auffassung, daß der britische Handel mit einem Rückschlag, statt des erwarteten Aufschwunges rechnen muß, wenn es nicht schnell gelingt, einen weiteren Zusammenbruch der Welt zu verhindern, und gerade die Allgemeinheit dieser Auffassung erzeugt einen etwas gefährlichen Optimismus, der einfach argumentiert, es steht für uns zu viel auf dem Spiel; es muß etwas geschehen; folglich wird etwas geschehen. Die Erfahrung, die man mit Österreich machte, warnt davon, auf solche vage Spekulationen viel zu geben. Persönlich werde ich einer optimistischen Auffassung erst dann zuneigen, wenn ich die englische Regierung ihre Bereitschaft erklären höre, sofort und ohne Rücksicht auf das, was Amerika tun mag, die Bedingungen zu erörtern, unter denen sie Frankreich und den andern Alliierten ihre Schulden erlassen will. Es steht aber zu befürchten, daß sich die hiesige Regierung zu einer solchen nutzigen Politik heute noch nicht entschließen wird — in der Hauptsache aus Angst vor den politischen Angelegenheiten, denen sie sich dadurch aussetzen würde, und daß sie sich mit dem Versuch begnügen wird, die Gefahr mit Palliativmitteln zu beschwören. Im Leitartikel des Manchester Guardian heißt es mit Recht: Deutschland bloß eine Atempause zu gewähren, genüge in keiner Weise; nur eines könne die Situation retten, nämlich jetzt unverzüglich zu tun, was man schon vor drei Jahren hätte tun sollen, nämlich den Gesamtbetrag der Reparationen so festzusetzen, daß er in Übereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen über den Deutschlands Zahlungsfähigkeit nicht überschreite.

Das Spiel mit den österreichischen Pfandrechten.

Wien, 12. Juli. Wie wenig ernsthaft die Reparationskommission die österreichische Frage behandelt, zeigt der Umstand, daß das Ersuchen der österreichischen Regierung, endlich energig die Nachfolgestaaten zur Aufhebung des Vorzugspfandrechts anzuhalten, von der Tagesordnung abgesetzt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde. Die Frage der Rückstellung der Pfandrechte ist nämlich keine neue Forderung der österreichischen Regierung, sie steht vielmehr seit zwei Jahren im Vordergrund, da sie einer großzügigen Kreditgebung den Weg verarmelt. Nachdem Österreich alle Voraussetzungen für die Hilfeleistung der Entente durch geschaffen hat, bilden nur die Vorzugspfandrechte, die von Rumänien und Südbulgarien noch aufrecht erhalten werden, ein Hindernis. Nachdem keine Zeit mehr zu verlieren ist, trat die österreichische Regierung an die Reparationskommission mit der Bitte heran, auch diese beiden Balkanstaaten sogleich zur Rückstellung der Pfandrechte zu veranlassen, aber wie der eingangs erwähnte Beschluß zeigt, vergeblich.

Die Tatsache, daß die Verzögerung diesmal von der Reparationskommission, in der die Entente großmächtig herrschen, ausgeht, legt den Gedanken nahe, daß einzelne Ententemitglieder ein Interesse an der weiteren hinauschiebung dieser Frage haben. Es wird behauptet, daß der Widerstand Südbulgariens, besonders aber jener Rumäniens, auf Einfüllungen von italienischer Seite zurückzuführen wäre. Südbulgarien und Rumänien wollen nämlich, wenn sie der Aufhebung der Pfandrechte zustimmen, auch keine „Liberationsabgaben“, das sind jene Taxen, die diese Staaten aus Anlaß der „Befreiung“ aus dem österreichisch-ungarischen Staatsverbande zugunsten des Reparationsfonds an die Entente zahlen sollen, leisten, von denen sich Italien einen erheblichen Anteil versprochen hat. Würden also die Balkanstaaten der Aufhebung der Generalpfandrechte zustimmen, so verliere Italien ein nicht zu unterschätzendes Pressionsmittel gegenüber Südbulgarien, das auch im Zusammenhang mit anderen politischen Fragen eine Rolle spielt.

Bei den Pfandrechten ist zu unterscheiden zwischen dem Pfandrechte der Neutralen, die sich auf die Ernährungskredite an Deutschland beziehen, und den Reparationspfandrechten der sogenannten Siegerstaaten, die sich aus den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ergeben. Die Rückstellung der Pfandrechte bis zum Jahre 1930 kann mit Mehrheitsbeschluß der Reparations-

kommission vorgenommen werden, für die Rückstellung auf 25 und mehr Jahre, die zur Unterbringung einer großen äußeren Anleihe für Österreich unbedingt notwendig erscheint, ist ein einstimmiger Beschluß der Reparationskommission unbedingt erforderlich. Da jetzt nun Italien ein, das selbst, um dem Schein nach außen Genüge zu tun, seine Pfandrechtsansprüche zurückgestellt hat, aber die Nachfolgestaaten zum Festhalten an ihnen ermuntert, wie denn die ganzen Schwierigkeiten in der Frage der Generalpfandrechte den österreichischen Unterhändlern immer von italienischer Seite gemacht worden sind.

Die Verschiebung der Beratung dieser Frage in der Reparationskommission bedeutet einen schweren Schlag für die österreichische Sanierungspolitik, weil dadurch die Verhandlungen mit den auswärtigen Kapitalmächten weiter verzögert werden. Daß jetzt erst ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen den Unterkommissionen der Reparationskommission und Rumänien sowie Südbulgarien einsetzt, zeigt, daß Österreich auf rasche Hilfe nicht rechnen darf. Das Gelingen des Sanierungsplanes der Regierung Geipel hat aber zur Voraussetzung, daß sofort, nachdem die Wirkung der Finanzmaßnahmen sich geltend macht, eine große Auslandsanleihe für die eigentliche Wiederaufbauaktion Österreichs zur Verfügung gestellt werden muß. Die Verzögerungen in der Pfandrechtsfrage sind um so bedauerlicher, als sie jene Kräfte in Österreich unterstützen, die aus Klassenegoismus dem Zustandekommen des Sanierungsplanes große Schwierigkeiten in den Weg legen. Schon die nächsten Tage werden darüber Klarheit bringen, ob es überhaupt möglich sein wird, alle Schichten der österreichischen Bevölkerung zur Mitarbeit heranzuziehen. Das Feilschen jedes einzelnen Berufsstandes, der durch eine der geplanten Finanzmaßnahmen betroffen wird, unter den parlamentarischen Parteien, das nun schon seit drei Wochen währt, bildet keinen aussichtsreichen Auftakt.

Amerikanischer Kampf um Lohnherabsetzung.

Aus New York wird uns berichtet: Der Streik der Grubenarbeiter, der am 1. April ausbrach, wird vielleicht im Juli erst zu Ende kommen, da die sinkenden Lebenshaltungskosten den Arbeitern Unrecht geben. Hoover hat die Vermittlungsaktion übernommen, und es ist zu erwarten, daß Präsident Harding einen offiziellen Vorschlag macht, wenn die beiden Parteien einmütig sind. Der Schaden, der bisher entstanden ist, wird auf 125 Millionen Dollar berechnet. In Illinois haben die Streikenden, die überall eine Lohnherabsetzung von 20 Prozent fordern, schwere Ausschreitungen begangen. In Pennsylvania allein streiken seit dem 1. April 160 000 Bergleute.

Inzwischen ist auch nach langwierigen Verhandlungen der Streik der Eisenbahner ausgebrochen. Das amerikanische Arbeitsministerium hatte beschlossen, die Löhne der Eisenbahner um 150 Millionen Dollar im Jahre herabzusetzen. Die Eisenbahner hatten unter Druck der Regierung getroffenen Vereinbarungen ein Ultimatum gestellt, das abgelehnt wurde. Darauf traten zunächst 400 000 Eisenbahner in den Ausstand, jedoch nicht das Nationalpersonal, so daß die Räder fast wie sonst liefen. Die Eisenbahngesellschaften scheinen zu beabsichtigen, die Mäße der Streikenden durch Arbeitswillige zu ersetzen, und die Regierung hat diesen ihren Schatz angefaßt. Zunächst dehnte sich der Eisenbahnstreik weiter aus. Es streikten bald gegen 700 000 Mann. Zu ernstlichen Zwischenfällen ist es nicht gekommen, und der Hungerstreik wurde noch aufrecht erhalten. Die Gesellschaften versichern, der Verkehr werde weiter durchgeführt, und sie stellen neue Leute zu diesem Zwecke ein. Die Wirkung des Streiks wird sich erst nach Wochen bemerkbar machen, falls es den Gesellschaften nicht gelingt, vollen Ersatz für die streikenden Arbeiter in den Werkstätten zu finden. Inzwischen wird die Entscheidung fallen, ob sich 400 000 Streikende zurückziehen werden, da diese in Detroit abstimmen. Die Pullmanwerkstätten wurden geschlossen, andere große Reparaturwerkstätten arbeiten mit beschränktem Betrieb. Das Eisenbahnamt, dessen Lohnbestimmungen die Arbeiter ablehnen, weigert sich, deren Gewerkschaften weiter anzuerkennen, und empfiehlt den neuereitenden Arbeitern die Gründung neuer Verbände. Die Regierung gab zu verstehen, daß sie die Eisenbahngesellschaften unterstützen und mit den härtesten Maßnahmen gegen die Streikenden vorgehen will.

Sugbes über Fragen der europäischen Politik.

Paris, 17. Juli. In Beantwortung einer Anfrage des Zeitungs Herausgebers Hamilton Holt erklärte Staatssekretär Hughes, wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, obgleich die Regierung von dem Kongress an der aktiven Beteiligung am Völkerverbund gehindert werde, beabsichtige sie, die derzeitige Politik der indirekten Mitarbeit am Völkerverbund und Unterstützung des Völkerverbundes weiter zu betreiben, um die Sache des Friedens zu fördern. Dieser Politik sei Erfolg in einem höheren Grade beschieden gewesen, als man vor 18 Monaten annehmen konnte. Gegenüber dem Wortwurf, daß die Regierung durch den Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland die Alliierten schädigte, erklärte der Staatssekretär, dieser Vertrag sei im Interesse der Alliierten ebenso wie Amerikas gelegen, da es nach reichlicher Ermüdung klar sei, daß eine erneute Erörterung des Versailles Friedensvertrages mit den vorgeschlagenen Vorteilen nur zu einer Erneuerung der alten Streitigkeiten und ihrer Fortsetzung auf unbestimmte Zeit führen würde. Deshalb sei es notwendig gewesen, die Angelegenheit durch einen Sondervertrag zu regeln und dadurch die amerikanischen Rechte auf eine Art zu bestimmen, die denjenigen der Alliierten keinen Abbruch tue.

Wie's gemacht wird!

* Die Berliner „Note Föhne“, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, (Sektion der Kommunistischen Internationale), bringt in ihrer Nr. 805 vom 8. Juli unter der Überschrift „Die Reaktionen müssen verhaftet werden“ eine Liste von 27 Personen und Wiro. Am mittelbaren Anschlag auf diese Liste heißt es wörtlich: „Es handelt sich offenbar um Verbindungsleute des Jungdeutschen Ordens im ganzen Deutschen Reich. Sie müssen sofort verhaftet werden.“ Der letzte Satz ist im Original gesperrt gedruckt. Einer der als „Reaktionär“ bezeichneten Herren gibt uns hierzu folgende Erklärung: „Ich bin weder jemals Mitglied des Jungdeutschen Ordens gewesen, noch stehe ich in irgend welchen Beziehungen zu ihm. Wie aber meine Anschrift „entbedt“ sein mag, darüber ist mir nach längerem Nachdenken ein Licht aufgegangen. Ungefähr vor 1 1/2 Jahren fragte man, soweit ich mich noch entsinne, von linker Seite bei mir an, ob ich die Errichtung einer Ortsgruppe des Jungdeutschen Ordens in unserer Stadt fördern wollte. Ihm gibt's bei uns — wie man so sagt — schon 2-17 Vereine: Krieger, Turner, Sport, Gefangene, Regler usw. Vereine und allerhand Fraktionen und Klubs noch dazu. Ich schrieb daher zurück: „Danke, unser Bedarf an Vereinen ist reichlich gedeckt.“ So ungefähr! Und darauf gründete die „Note Föhne“ und mit ihm geistverwandte, Vorkongare die Anklage: „Solch Reaktionär muß sofort verhaftet werden.“ Was soll man dazu sagen? Gerade weil ich auf dem Boden der Verfassung stehe, kann ich nur unter brennender Einnahme es bedauern, daß die „Note Föhne“ mit — deutschen Lettern gedruckt wird.“

Berühmte Mitteilungen.

op. Kaiser Wilhelm als Schriftsteller. In seinen mehrfach erwähnten Erinnerungen, die den Titel „Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 bis 1918“ führen werden, spricht der Kaiser von seinen persönlichen Erinnerungen, von den Ereignissen, die ihm aus der Zeit seiner politischen Tätigkeit als besonders wichtig im Gedächtnis haften geblieben sind, und von den Persönlichkeiten,

mit denen er gemeinsam die Last der Regierung 30 Jahre lang getragen hat. Dieses vom Kaiser persönlich niedergeschriebene Werk, durch das er ohne Mittelsmann frei und offen zu seinen Lesern spricht, wird davon zeugen, was der Kaiser für sein Volk geteilt und gewollt hat: „Das Wohl meines Volkes und meines Reiches war das Ziel meines Handelns.“ Das Buch wird sich in 16 Kapitel gliedern: 1. Bismarck. 2. Caprivi. 3. Hofenlohe. 4. Bülow. 5. Beckmann. 6. Meine Mitarbeiter auf dem Gebiete der Verwaltung. 7. Wissenschaft und Kunst. 8. Mein Verhältnis zur Kirche. 9. Meer und Flotte. 10. Kriegsausbruch. 11. Der Kampf um den Frieden. 12. Kriegsende und Abdankung. 13. Der Deutsche und nationale Gedächtnis. 14. Die Schulfrage. 15. Der Umsturz und Deutschlands Zukunft.

L. U. Der Beamtenausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Montag zunächst mit der Frage des Austritts der Sekretäre der Gruppe VI in die Gruppe VII, und nahm hierzu Entschlüsse. In die Zustimmung der Regierung fanden. Sodann gab zu der Frage der Feuerungsmaßnahmen ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, daß der Reichsfinanzminister sich nicht der Notwendigkeit verschließen, in eine neue Feuerungsaktion einzutreten, und daß der Reichsfinanzminister noch in dieser Woche in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eintreten werde. Mitglieder des Ausschusses sollen in der gleichen Weise wie bisher an diesen Verhandlungen teilnehmen.

Die Frage der oberstehtlichen Besatzungskonten. Die Deutsche Konferenz trat heute zusammen und beschäftigte sich mit der Frage, wie die Kosten für die interalliierte Kommission für Oberösterreich bezahlt werden sollen.

Ein politischer Hochstapler entlarvt. Am Tage der Ernennung Rathenaus erschien, wie erinnerlich, im Reichstage ein junger Mann, um einen Blumenkranz für Helfferich abzugeben. Er wurde festgenommen und die Wiedlung Ia des Polizeipräsidenten stellt fest, daß es sich um einen Fritz Werner Hiesch handelte, den es jetzt, wie Berliner Wäcker berichten, als politischen Hochstapler entlarvt. Nach dem Kriege ernannte er sich aus eigener Macht zum Offizier, um Anschlag an politische Organisationen zu finden. Seiner Eltern machte der junge Mensch so wenig Freude, daß sie ihm Gelegenheit gaben, nach Amerika zu gehen. In Westfalen arbeitete Hiesch zunächst auf einem deutschen Unternehmen, und spielte hierbei den ehemaligen Marineoffizier, wodurch er sich Eingang in den Deutsch-Amerikanischen Kriegerverein und Zutritt zu den wenigen deutschen Kreisen verschaffte. Im März d. J. kam er wieder nach Deutschland, und nahm gleich nach seiner Ankunft in Hamburg seine Hochstapeleien wieder auf. Er verhandelt es, das Gerücht zu verbreiten, daß er ein Neffe des neuen brasilianischen Präsidenten sei und setzte sich alsbald mit bedeutenden Exportgeschäften in Verbindung, die er um mehr oder weniger hohe Beträge betrog. An einer Stelle erhielt er 50 000 Mark. Er hat sich u. a. auch als Vertreter des Deutsch-Amerikanischen Kriegervereins aufgespielt. Wie weit der Verhaftete mit politischen Organisationen in Verbindung gestanden und wie er sich dort betätigt hat, wird von der Abteilung Ia jetzt festgestellt.

Der 12. internationale Stenographentag findet vom 7. bis 10. August in Dresden statt.

Der nächste sozialdemokratische Parteitag wird von dem Parteivorstand auf den 17. September, abends 6 Uhr, nach Augsburg einberufen.

Zur Explosionskatastrophe in Groden. Bei den Aufräumungsarbeiten auf der Unglücksstätte der Minenexplosion in Groden sind zwei weitere Leichen gefunden worden, die des Vermeisters Stellvertreter und die des Vorarbeiters Duple. Eine Leiche ist noch nicht gefunden.

Ein österreichisch-ungarischer Grenzverstoß. Am 12. Juli hat sich an der burgenländisch-ungarischen Grenze zwischen Steinamanger und Odenburg ein Zwischenfall ereignet, bei dem sieben österreichische Grenzposten gefangen genommen wurden. Die Vornahme der Grenzbestimmungsarbeiten war durch militärische Posten gesichert worden, die von regulärem ungarischen Militär angegriffen wurden. Da sich das ungarische Militär in der Übermacht befand, wurden die Posten gefangen genommen. Die österreichische Regierung hat sofort energische diplomatische Schritte eingeleitet.

Wa. Trübe Ernteaussichten in der Krim. Der Verpflegungsdirektor Kallin, der kürzlich von einer Kreimreise nach Moskau zurückkehrte, berichtete dem allrussischen Vorkongressausschuß, daß in den Städten des Südens 80 Prozent, in der Provinz 90 Prozent der Bevölkerung hungern. Gegenüber dem Vorkongress sei die Saatfläche auf den dritten Teil heruntergegangen. Unverzügliche Hilfe tue not.

Lord Salisbury wurde in einer Versammlung der Konservativen des Ober- und Unterhauses einstimmig zum Führer des koalitionsfeindlichen rechten Flügels der Konservativen, der sogenannten „Hardis“, gewählt.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika. Der leitende Ausschuh der Bergarbeitergewerkschaft, der gestern auf Veranlassung des Führers Lewis sich versammelt hatte, hat einstimmig beschlossen die Streikvorschlüsse des Präsidenten Harding abzulehnen. Der Streik wurde selbst am Montag. Wenden begaben sich die Mitglieder des Streiks mit Lewis an der Spitze zum Weißen Hause und gaben dem Präsidenten ihren Entschluß bekannt.

Hochschulnachrichten.

Römisch-Germanische Woche. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet vom 10.—16. August 1922 unter der Leitung des Professors Dr. Koepf (Frankfurt a. M.) eine „Römisch-Germanische Woche“ in Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mainz.

Machen. Zum Rektor der Technischen Hochschule für die Amtszeit vom 1. Juli 1922 bis Ende Juni 1924 wurde der bisherige Rektor Geh. Bergrat Professor Schwemann ernannt.

Berlin. Dr. phil. Hermann Grapow in Berlin ist die Stelle eines wissenschaftlichen Beamten der Preussischen Akademie der Wissenschaften übertragen worden.

Freiburg i. B. Der o. Professor für römisches und deutsches bürgerliches Recht an der Frankfurter Universität, Dr. Ernst Levy, hat den Ruf an die hiesige Universität als Nachfolger von Prof. Hof. Partsch angenommen.

Hamburg. Der a. o. Professor und erste Professor am anatomischen Institut der Universität Freiburg i. B. Dr. Wilhelm von Möllendorff hat einen Ruf als Ordinarius und Direktor des anatomischen Instituts an der hiesigen Universität als Nachfolger von Prof. Meves zum 1. Oktober 1922 erhalten und angenommen.

Hohenheim. Zum Nachfolger des Professors Eichler auf dem Lehrstuhl der Botanik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in der o. Professor Dr. Heinrich Schröder von der Universität Kiel berufen worden.

Köln. Die vonia legondi für mittlere und neuere Geschichte erhielt an der Universität Köln in Köln Dr. phil. Emenrud von Rante auf Grund der Habilitationsschrift „Die Kölner Handelsbeziehungen im 16. und 17. Jahrhundert“. Prof. Rante ist 1892 zu G. L. geboren, besuchte in Mülheim die Reifeprüfung und studierte in Halle bei R. Fester und Fr. Hartung Geschichte, bei Fr. Voßs Kirchengeschichte. In Halle erwarb sie den Doktorgrad und bestand ebenfalls das Oberlehrerexamen. Seit Oktober 1921 assistiert sie am historischen Seminar der Universität Köln. Ihr Spezialarbeitsgebiet umfasst: Verfassung und Kultur, insbesondere Wirtschaftsgeschichte im 16., 17., 18. Jahrhundert.

Frankfurt. Der Fabrikdirektor der Kattundruckerei D. u. E. Schlein in Königshausen a. E. Dr. techn. Ludwig Dickstein ist als Privatdozent für Bauwerkstoffkunde an der deutschen Technischen Hochschule angestellt worden.

Kulturkampf in Oesterreich.

Wien, 14. Juli. Das oesterreichische Volk ringt um seine Existenz. Wien, die Hauptstadt Oesterreichs, taumelt von einer Feuerungswelle in die andere, das internationale Spekulationslabyrinth überflutet die alte Kaiserstadt, und das Wienertum wird in die Vorstädte, in die engen Gassen und in die schlechtesten Wohngegenden verdrängt, während sich in den Palästen der City und in den herrlichen Gartenvorstädten an den Gängen des Kahlenbergs volkstümliches Schiebertum und ausländische Aufkäufer breitmachen.

In diesem Augenblick der letzten Anstrengung zur Selbstverteidigung des Donaudenkmalums, in diesem Momente der größten wirtschaftlichen Bedrängnis haben die Wiener sozialdemokratischen Gemeindeführer die Brandfackel des Kulturkampfes in die Massen geworfen. Wer dem deutschen Volk wieder seinen Platz an der Sonne verschaffen will, kann dabei der Jugend nicht entbehren, Arbeitsfreudigkeit und Pflichtgefühl müssen abtöten, wenn nicht in der Erziehung des Kindes Kräfte wickeln sind, die moralisches Empfinden, nationales Bewusstsein und den Glauben an eine sittliche Erweckung der Jugend einimpfen.

Diese Anordnungen haben aber in der Wiener Bevölkerung helle Entrüstung hervorgerufen. Die Elternschaft katholischen wie evangelischen Bekenntnisses hat beschlossen, mit allen Mitteln gegen diese Verordnungen der Sozialdemokraten, die auch gegen das Reichsvollschulgesez verstoßen, anzukämpfen und den Widerstand planmäßig zu organisieren. Der Widerstand geht in erster großdeutscher Elternkreise unter und reicht weit hinein in die Arbeiterkreise. Schmerzlich ist es, feststellen zu müssen, daß einzelne großdeutsche Lehrer bezw. ihre Vertretung im Stadtschulrate mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machen. Es steht jedoch zu erwarten, daß die sozialdemokratischen Kräfte nicht in den Himmel wachsen. Zur Abwehr wird sich das Volk von Wien wohl noch einmal aufrufen.

Die Wahlen für die Generalstaaten.

Man schreibt uns aus dem Haag:

O. M. In den Niederlanden haben jüngst die Wahlen für die Generalstaaten stattgefunden und mit einem ausgesprochenen Sieg der rechtsstehenden Parteien geendet. Als stärkste Partei sind unter den Katholiken mit 32 Mandaten (2 mehr als früher) hervorgegangen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei verlor zwei Mandate und stellt 20 Abgeordnete. Die Kommunisten wurden von 3 auf 2 Mandate beschränkt. Die beiden protestantisch kirchlichen Parteien (evangelisch-historische und antirevolutionäre) haben ihre Mandatszahl um zusammen 7 Sitze vermindert. Der liberale Freiheitsbund verlor 5 Sitze. Von den vierzig Gruppen, die im alten Parlament vertreten waren, sind vier infolge ungenügender Stimmenanzahl vollständig von der Bücherei verdrängt. Die ungeschorene Zerstückelung des Parteienlebens in Holland zeigt sich in der großen Anzahl von Gruppen, die als selbständige Parteien an den Wahlen teilnahmen. Sie betragen nicht weniger als 39. Zum erstenmal seit dem Bestehen des niederländischen Parlamentarismus wurde auch eine Frau — die Frauenrechtlerin Van Dorp — gewählt. Trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Stimmpflicht ist eine halbe Million Wähler nicht zur Urne gegangen. Der Hauptpunkt auf dem Programm der rechtsstehenden Parteien, dem sie wohl ihren ausgesprochenen Sieg zu verdanken haben, ist die Forderung nach strengster Sparpolitik in der öffentlichen Verwaltung, um endlich das Defizit, das bisher fortgesetzt durch neue Anleihen gedeckt werden mußte, zu beseitigen.

Aufstand gegen die Sowjetregierung in Zentralasien.

Sm. Seit längerer Zeit gehen Gerüchte, daß in Zentralasien unter der Führung von Enver-Pascha ein großer Aufstand in Turkestan und Buchara ausgebrochen sei, dessen die Sowjetregierung nicht Herr werden könne. Nun meldet zwar eine offizielle Moskauer Nachricht, daß der Aufstand nach schweren Kämpfen „liquidiert“ worden sei. Wenn aber hinzugefügt wird, die Vertreter der Sowjetregierung unterhandeln über die endgültige Unterwerfung der asiatischen Stämme, so geht schon daraus hervor, daß jene Nachricht den Tatsachen voraussetzt. Personen, die kürzlich aus Turkestan über Baku in Konstantinopel eingetroffen sind, haben dem Berliner russischen Blatt „Ruh“ zufolge Berichte erteilt, welche das gerade Gegenteil von dem feststellen, was die Sowjetoffiziere behaupten. Wir entnehmen ihnen folgendes: Der Aufstand brach erst im Tergana-Gebiet unter den mohammedanischen Stämmen aus und erstreckte sich bald bis zum Pamir-Plateau. In den Händen der Bolschewiken blieben nur die größeren Städte und die Eisenbahnlinie Taschkent-Krasnodol. Im Februar brach darauf ein zweiter Aufstand in Ostbuchara aus, wo die Anhänger des gestürzten Emirs sich mit den Stämmen vereinigten. Der von den Bolschewiken gegen die Aufständischen geschickte Enver-Pascha machte gemeinsame Sache mit den Aufständischen und stellte sich an die Spitze der Bewegung. Im Laufe zweier Monate bereitete sich Enver-Pascha zur Offensive vor und begann im Mai von zwei Seiten aus den Vorstoß von Margelan auf Kokand und von Buchara aus auf Ferk. Es gelang ihm leicht, fast ganz Buchara in seinen Besitz zu nehmen und in Turkestan mit Hilfe sich mit ihm verbindender russischer Offiziere die Städte Samarkand und Taschkent zu erobern. Im Zusammenhang mit dieser Erschütterung der bolschewistischen Herrschaft stellte der Emir von Afganistan, der längst seine moskaufreundliche Politik aufgegeben und sich an England angeschlossen hat, der Sowjetregierung das Ultimatum, ihm die Oase Herw und Teile von Rußisch-Turkestan abzutreten, und erklärte, als Moskau das verweigerte, der Sowjetregierung den Krieg. Nach diesen Berichten soll unter den Sowjetführern in Zentralasien vollständige Verwirrung herrschen.

Auch in Kaukasien hat die Räteregierung große Sorgen. Im Bezirk von Batum hat die ausländische Bewegung der durch die Gewalttaten der Räteregierung zur Verweisung gebrachten Bevölkerung der Adscharen einen derartigen Umfang angenommen, daß die dort stehenden roten Truppen sich am 22. Juni unter Zurücklassung ihrer Waffen Munition und Pferde auf der Straße nach Trabzon und Armin fluchtartig in die Berge zurückgezogen haben. Ferner lodert in Kaukasien der Aufstand gegen die rote Herrschaft empor.

Handelsteil.

Polsener landwirtschaftliche Wandbriefe.

Die am Sonnabend in Warschau wieder aufgenommenen deutsch-polnischen Verhandlungen, die nach Ostonskis Worten unter der Karole Dem Wiederaufbau Europas stehen, bringen offensichtlich einige Klärung in den großen Komplex wirtschaftlicher Fragen, die seit langem der Lösung harren. Nicht zu den letzten Punkten der Tagesordnung, die leider höchst unvollkommen bekannt geworden ist, sollte die Polsener Landwirtschaft gehören, ein Thema, dessen bisher polnisch-einseitige Regelung allen deutschen Beteiligten schwersten wirtschaftlichen Schaden bringt. In einer schnellen, allen Interessenten gerecht werdenden Verzinsung dieses Gegenstandes haben wir Schlichter, in deren Lande der Großteil der Polsener landwirtschaftlichen Wandbriefe in Umlauf ist, ein erhöhtes Interesse. Die Wandbriefe des seit 1867 bestehenden Instituts galten ehemals als allererfolgreichste mühselreichere Anlagepapier und liegen aus diesem Grunde überwiegend in Händen, die durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ohnehin schwer betroffen werden. Man darf daran erinnern, daß nach der Übernahme der Provinz Posen in polnische Verwaltung auch die Polsener Landwirtschaft unter Namensänderung vom polnischen Staat übernommen und weitergeführt wurde. Demgegenüber ist, wie ebenfalls bekannt, vom Berliner Kammergericht dahin entschieden worden, daß das jetzt polnische Institut nicht als Rechtsnachfolgerin der alten Polsener Landwirtschaft angesehen werden kann. Wenn hier im Grundsätzlichen die Auffassungen übereinstimmen und drüben derart unabweisbar auseinanderfallen, so ist es nur zu erklärlich, daß die deutschen Gläubiger des Instituts in ihrer Mehrheit die vom polnischen Staat beliebte Auszahlung der Coupons in polnischer Mark, statt, wie versprochen, in deutscher, als rechtswidrig ablehnen. Die Frage bedarf umso dringender schneller Regelung, als die polnische Regierung seit 1920 es für recht befindet, verzierte Tilgung der Wandbriefe in polnischer Währung vorzunehmen, und so einen völlig ungerechtfertigten Amortisationsgewinn einzubehalten.

Altengesehichten.

Grüßwitsch Textilwerke A.-G. In der Generalversammlung wurde statt der von der Verwaltung vorgeschlagenen Dividende von 25 Proz. eine solche von 30 Proz. beschlossen. Außer der Umwandlung der bisherigen Vorzugsaktien in Stammaktien, die der Gesellschaft zum Abschluß von Interessengemeinschaften und zur teilweise bestmöglichen Verwertung zur Verfügung gehalten werden müssen, wurden 20 Millionen Mark neuer Stammaktien von einem unter Führung der Darmstädter Bank stehenden Konsortium übernommen mit der Verpflichtung, sie den bisherigen Stammaktionären im Verhältnis von 3:2 zum Kurse von 250 Proz. zum Bezuge anzubieten. Die weiteren neu geschaffenen 10 Millionen Mark 6proz. Vorzugsaktien mit fünfjährigem Stimmrecht wurden dem Konsortium überlassen. Die Gesellschaft ist nach Mitteilung der Verwaltung mit Stoffen gut eingebettet, und mit Aufträgen für die nächsten Monate reichlich versehen. Das Bauprogramm sei in der Durchführung begriffen.

Deutsche Ton- und Steingutwerke A.-G. Charlottenburg. Die außerordentliche Generalversammlung findet am 7. August in Charlottenburg statt. (S. Anzeige.) Maschinenbau A.-G. vorm. Starke u. Hoffmann, Kirchberg i. Schlef. Das Besondere ist bis einschließlich 2. August auszuführen. (S. Anzeige.)

Städtische Bank zu Breslau. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Bank im Berichtsjahre eine erfreuliche Fortentwicklung zu verzeichnen hatte. Umsätze und Gewinne sind gegen das Vorjahr anscheinlich gestiegen. Bei vorsichtiger Bewertung der Effektenbestände und nach einer Sonderabgabe auf Kontokorrentkonto verbleibt ein Reingewinn von 3 749 888 M gegen 2 019 900 M im Vorjahre. An die Stadtkasse werden abgeführt 2 800 000 M gegen 1 200 000 M im Vorjahre. Die Umsätze haben sich auf 1 735 000 M gegen 798 000 M im Vorjahre erhöht. Der Gesamtumsatz auf allen Konten stellt sich auf 10 794 795 551 M gegen 7 068 884 194 M im Vorjahre.

th. Hilfsbanknoten. Die Reichsbankverwaltung hat eine Hilfsbanknote ohne drucktechnische Sicherungsmittel auf besonders gegen Nachahmung geschütztes Papier hergestellt, die aber nur zur Ausgabe gelangen soll, wenn die Reichsbank die erforderlichen Banknoten, in absehbarer Zeit nicht herstellen kann. Die Hilfsnoten bleiben als Reserven für Fälle der Not vorläufig im Gewahrsam der Reichsbank.

Eine Verordnung über Börsentermingeschäfte in Wechseln und ausländischen Zahlungsmitteln. Der Reichswirtschaftsminister hat dem Reichstag den Entwurf einer Verordnung über Börsentermingeschäfte in Wechseln und ausländischen Zahlungsmitteln zugehen lassen, nachdem der offizielle börsenmäßige Devisenterminhandel mit sofortiger Wirkung eingeführt wird. Die Verordnung findet auch auf die seit dem 14. Januar 1921 jurisdizierenden Börsentermingeschäfte Anwendung.

4. Schwedische Mustermesse, Malmö. Vom 31. Juli bis 6. August findet in Malmö die 4. Schwedische Mustermesse, eine Kauf- und Musterlagermesse für Partiehändler mit schwedischen Erzeugnissen statt.

Preissteigerung auf dem Schrotmarkt. (S. d. L.) Während in der ersten Juniwoche sich in Berlin der Preis für Kernschrot auf ungefahr 3600 M pro Tonne franco Baggan Berlin stellte, beträgt der Preis heute 5000 M. Späne stellen sich auf 4400 M, die Tonne franco Berlin, während für Gußspäne jetzt ein Preis von 5600 M Basis Essen genannt wurde. Die Nachfrage wird zurzeit als groß bezeichnet. Im übrigen bildet das polnische obereschlesische Gebiet zurzeit für den deutschen Schrotmarkt einen durchaus unsicheren Faktor. Das Angebot kommt fast ausschließlich aus dem Inlande, da das Ausland für die Lieferung zurzeit nicht in Frage kommt.

Preissteigerung für Branntwein. In der Beiratsitzung vom 14. d. Mts. ist beschloffen worden, vom 18. August bis zum 30. September d. J. den Zuschlag für aus Mais hergestellter Branntwein weiter zu erhöhen und ihn auf 4000 M (statt bisher 3100 M) für 100 Liter zu erhöhen. Gleichzeitig wurde beschloffen, den Zuschlag für Gefehranntwein — nicht aus Mais hergestellt — vom 16. Juli ab auf 2500 M (statt bisher 1100 M) zu erhöhen. Der regelmäßige Verkaufspreis für Branntwein ist vom 17. Juli ab auf 16 000 M für 100 Liter festgesetzt worden.

Dividendenvorschlüge: Seidelsberger Privatbank 10 Proz., Rheinisch-Westfälischer Lloyd, Transporthverversicherungs-A.G. 90 M pro Aktie = 30 Proz. der Einzahlung. Rheinisch-Westfälische Rückversicherungs-A.G. 0 Proz. Affecurans-Compagnie Sanja 20 (25) M pro Aktie.

Wegen der Lieferung der Reparationshöfeler für 1923 beginnen jetzt in Paris die Verhandlungen. Die Belegschaft der Lübecker Überlandzentrale hat die Arbeit eingestellt, weil der geforderte Stundenlohn von 40 abgelehnt worden ist.

Berlin, 18. Juli. Börse. (Schluß.) Im weiteren Verlauf der Börse trat im Effektenverkehr eine gewisse Befestigung ein. Gerüchte weise verlautet von einer bevorstehenden Aufhebung des Depotzwanges von Renten- und Wandbriefen, was von der Börse lebhaft begrüßt werden würde und die Hoffnung erweckt, daß man mit dieser durchweg als lächmnd empfundenen Einrichtung nun bald ganz aufräumen werde. Befestigt schlossen obereschlesische Werte, besonders Oberbedarf mit 910 auf erneut auftretende Gerüchte über Verhandlungen betreffend den obereschlesischen Besitz. Ausländische Renten blieben lebhaft, unterlagen aber mehrfach Schwankungen. Ungarische Goldrente 720. Man verweist auf den Kursstand der Oesterreichischen Goldrente von 1775 und hält die Situation in beiden Fällen für günstig. Devisen waren später schwach, nachdem der Getreidehandel größere Anschaffungen gemacht hatte. Infolgedessen mußten die

amtlich ausgeteilten Beträge vielfach repariert werden, z. B. Nobel nachher auf 85 Proz., Nobel London auf etwa 20 Proz., Amsterdamer auf 75 Proz., Nobel Buenos Aires gestiegen. Der Dollor schloß unter Schwankungen 47 1/2, Goldmarkt stark gefragt 4 1/2 Proz. und darüber. Am Couponmarkt stiegen türkische Rinscheine auf 440 (800). Um 2 1/2 Uhr wurden notiert: Oesterreichische Staatsbahn 1240, Baltimore 1490, Canada 780, Bochumer 1200, Wüderus 685, Deutsch-Luxemburger 1100, Deutsche Rückwerke 1875, Deutscher Eisenhandel 650, Gelfendörfer 1190, Göllicher Waagen 715, Hannoverische Waagen 680, Garpener 2220, Girsch-Puffer 870, Götz 1810, Hohenlohe 780, Hse Bergbau 1290, Hoeselien 1075, Kattowitzer 1810, Köln-Neußener 1285, Laurahütte 2075, Linde Hofmann 700, Lothringener Hütte 875, Norddeutsche Woll 1285, Oerwerke 685, Rheinisch-Westfälische Braunkohlen 1600, Riedel-Montant 1680, Rombacher 581, Rückwerke 685, Stöhr 1920, Westeregeln 1430. Im freien Verkehr wurden notiert: Panja-Lloyd 265, Hochfrequenz 710, Stender 770, Scheidemanbel 1600, Wenz 515, Liqa 445, Junge 430, C. F. I. P. H. & U. n. m. d. 650, Cere 895, Liqa 280, Deckerhilt 440, H. Wolf 780, Saganer Woll 725, Krüger & Hofmann 8000, Breunert 900 G.

Berlin, 18. Juli. Auslandswechsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Geldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

Table with columns for location (Post), bank (Bank), and exchange rate (Kurs). Includes entries for Amsterdam, London, Paris, etc.

Buenos-Aires — G. — K. Sofia 304,50 G. 305,40 B. Rio 64,91 G. 65,09 B. Japan 228,00 G. 229,00 B. Wiener amtliche Notierungen vom 18. Juli. (Eig. Drahtber.) Englische Noten 2101,85—2101,85, Französische 3985—3995, Belgische 3790,25—3790,75, Holländische 18 480,85—18 513,15, Amerikanische Rubelnoten 474,40 bis 475,60, Schweizer Noten 9048,85—9071,35, Italienische 2177,25—2182,75, Strohnoten 12 114,80—12 145,20, Rubennoten 147,90—172,70, Aristiana 7915,10—7934,30, Spanien 7141,05—7158,95, Budapest 3645—3655, Prag 1063,65—1066,35, Wien (neue) 1,6034—1,6424.

Table with columns for location (vorn), bank (Bank), and exchange rate (Kurs). Includes entries for New York, London, etc.

w. Berlin, 18. Juli. Produktmarkt. Die am Devisenmarkt eingetretene Befestigung bewirkte auch an der Produktbörse überwiegend feste Haltung. Weizen war in märkischer Ware mehr gesucht und von nahen Stationen verhältnismäßig hoch bezahlt. Für Roggen zeigte sich mehrheitliche Kaufkraft, die bei dem Mangel an Angebot schwer Befriedigung fand. Für Gerste erhöhten die Käufer ihre Gebote. Auch in Hafer regte sich die Kaufkraft, aber das Angebot ist recht knapp. In Mais und Misch waren die Umsätze wenig bedeutend. Für Erbsen und Futterstoffe erhöhte sich der Preisstand gleichfalls.

Table with columns for product (Weizen, Roggen, etc.), price (18, 17), and location (Station). Includes entries for Weizen märkischer, Roggen märkischer, etc.

New-York, 17. Juli. Produktbörse. Baumwolls. Tageszuliefer 6000. Ausfuhr nach Großbritannien 6000, Ausfuhr n. d. Kontinent 2000.

Table with columns for product (Baumwolle, Petroleum, Weizen, etc.), price (17, 15, 17, 15), and location (Station). Includes entries for Baumwolle, Petroleum, Weizen, etc.

w. Berlin, 18. Juli. Metalle. (Preise für 1 Kilogr. in M.) Elektrolyt Kupfer (Wieders), prompt, 132—133, Orig.-Güldenweichei 52 1/2—53, Orig.-Güldenweichei, Preis im freien Verkehr 59—61, do. d. Zinkfingelverhandels 58—59, Remette-Blattentagel von handelsüblicher Beschaffenheit 45—49, Orig.-Güldenweichei 98/99 % in einmal gefederten Wägen 198, do. in Wale oder Drahtbahren 195%, Wanzelginn, Straßginn, Aufstraginn (nach Maß d. Käufers) 322—324, Güttentinn, mindestens 99 % 328—327, Reinmetall 98/99 % 255—300, Antimon-Regulus 48—48 1/2, Silber-Regulus (ca. 900 Fein) 108—109, w. Hamburg, 18. Juli. Metalle. Silber (ca. 900 Fein) prompt 10 950 B. 10 800 G., per Juli 10 950 B. 10 800 G., 10 700 B., per August 10 900 B. 10 750 G., 10 700—750, per September 10 900 B. 10 750 G., Zink (Güldenweichei) prompt 8250 B. 8100 G. 8050 B., per Juli 8200 B. 8050 G., per August und September 8175 B. 8050 G., do. (umgeschmolzen) 5300 B. 5100 G. 5100 B. (Orig.-Güldenweichei bopp. raff.) Lagerware und do. Orig. ab Gült 5300 B. 5150 G., do. (Weichei bopp. raff.) 4950 B. 4800 G., Zinn (Wanzel) prompt 380 B. 325 G. und 360, B., Lieferung 4 Wochen 380 B. 325 G., do. prompt, per Juli, August und September 325 B. 320 G., Kupfer (Güldenweichei) 148 1/2 B. 148 1/2 G., do. (Raffinade) 134 B. 132 G., do. (Wieders) 154 B. 151 G., Elektrolytkupfer 150 B. 149 000 G., Gold 310—315, Platin 1200—1250.

„Waffenfunde“

Waffenfunde gehören zurzeit zu den unerwarteten Neuzugängen des Nummern gegen rechts. Alle paar Tage kann man in radikalen Zeitungen sensationell ausgemachte Notizen lesen, daß da oder dort Waffen, Munition, Ausüstungsgegenstände, usw. „entdeckt“ worden wären. Natürlich wird dafür gesorgt, daß diese Neuzugänge, möglichst noch mit tendenziösem Kommentar versehen, im Lande verbreitet werden, um Stimmung zu machen. Ginstig stellt sich meistens heraus, daß die Sache gänzlich harmlos oder auch völliger Schwindel war. Die spätere Aufklärung wird natürlich in der Regel nicht verbreitet. So ist es z. B. mit dem abenteuerlichen Waffenfund auf dem Meier Marnearsenal. In Berliner Zeitungen findet sich jetzt die Meldung aus Kiel, daß dort unter dem dringenden Verdacht des Landesverrats im Zusammenhang mit dem Waffenfund auf dem Marinearsenal auf Anordnung des Oberreichsanwalts in Leipzig der Meier Arbeiter Heinrich Bod verhaftet worden sei. Die Festnahme erfolgte, weil Bod der Kontrollkommission der Verbandsmächte noch andere wichtige Mitteilungen gemacht haben soll. Die Kieler Affäre stellt sich also anscheinend als Landesverrat eines Ententespießes heraus, der vermutlich in den radikalen Kreisen angehört, die die „Waffenfunde“ als Spezialität betreiben. Soeben ist nun der „Vorwärts“ im Fettdruck eine neue Schauer Geschichte von der Entdeckung vieler Munition, von Gewehren und Maschinengewehren, Kornisern und Stahlhelmen („mit Falkenkreuzen“) in der ehemaligen Kaserne der Garde du Corps in Potsdam auf. Die Waffen seien von Vertrauensmännern der S. P. D. aufgefunden und dann von der Polizei beschlagnahmt worden. Auch dieser „Waffenfund“ hat sich schnell als ein Reinfall der herum-schnüffelnden roten „Vertrauensmänner“ herausgestellt. Nach Angabe der beteiligten Reichswehrbehörden handelt es sich um rechtmäßige Bestände. Die auf den Helmen befindlichen Falkenkreuze sind darauf zurückzuführen, daß diese Bestände seinerzeit ordnungsmäßig von den Baltikumtruppen übernommen worden sind. Derselbe „Vorwärts“ alarmierte seine Leser schließlich mit einer Meldung der Dena von der Entdeckung eines großen Maschinen-gewehr-Lagers in Stuttgart. Auch diese Sensation ist frei erfunden. Es wird den radikalen Heppern doch wohl nichts anderes übrig bleiben, als sich nach anderen Zugmitteln für den Nummern gegen rechts umzusehen. Die „Waffenfunde“ dürften nicht mehr bezwangeln.

Der österreichische Sanierungsplan.

W. Wien, 18. Juli. Am Nationalrat begrüßte bei Beginn Präsident Dr. Weiskirchner zum ersten Male die im Hause erschienenen tschechoslowakischen Abgeordneten mit einer herzlichen Ansprache. Das Haus begann hierauf die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die innere Anleihe. Nachdem der Sozialdemokrat Dr. Krenner erklärt hatte, die Sozialdemokraten könnten für diesen Finanzplan, der dem Staate das Finanzkapital vollständig freigebe, die Verantwortung nicht übernehmen, stellte Finanzminister Graf Segur dagegen fest, daß die Regierung den Grundsat der Opfergleichheit aller Schichten der Bevölkerung bei der inneren Anleihe aufgestellt und auch die Mittel bereit habe, diesen Grundsat beim Grundbesitz wie beim mobilen Kapital zu verwirklichen. Wenn die Regierung den sozialdemokratischen Antrag auf Valorisation angenommen hätte, hätte sie damit bedeutet, daß sie kein Vertrauen zum Finanzplan habe. Der Minister trat der Anschauung Krenners entgegen, daß gegen Erscheinungen, wie sie heute an der Börse zu beobachten seien, nichts mehr zu machen sei. Die Opposition meine, man solle jetzt mit Gewaltmaßnahmen, wie beispielsweise mit der Beschlagnahme von Wäskten, Anforderung von Graßaktien und dergleichen vorgehen. Durch Gewaltmaßnahmen sei aber nichts zu erreichen. Die Politik der Regierung gehe dahin, alle Kräfte dieses Staates zu seiner Rettung aufzusammeln. Die innere Anleihe werde gemacht werden. Wenn das In- und Ausland die ungeheure Kraftanstrengung der Bevölkerung so sichtbar vor Augen haben werde, dann würden und müßten auch die Geldverhältnisse sich bessern. Gerade angesichts der heutigen Vorgänge an der Börse sei es notwendig, durch Annahme des Finanzplanes jene Elemente zu beweisen, daß dieses Volk leben soll und leben wird. (Lebh. Beifall.)

Verschiedene Mitteilungen.

SS Der Landratspräsident Hermann Rehb, früherer konversativer Reichstags- und Landtagsabgeordneter, ist am 15. Juli auf seinem Familiengut Salusken in Ostpreußen im Alter von 84 Jahren gestorben.

CPT. Eine über die Auffassung Dr. Rathenau sehr bezeichnende Äußerung wurde kürzlich durch Kreise der Deutschen Volkspartei bekannt. Im Gespräch mit einem früheren Deutschen Diplomaten äußerte sich der Minister Rathenau dahin, daß er immer die Monarchie als die für Deutschland angelegene Staatsform angesehen hätte und diesen Standpunkt auch jetzt vertrete. Vorläufig sei aber an eine Änderung der Staatsform nicht zu denken. Deutschland brauche möglichst eine 15 jährige Karenzzeit, ehe es zu dieser neuen Staatsform zurückkehren könnte.

Dr. Heim im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. In der Berliner „Zeit“ lesen wir: Der bayerische Bauernführer Dr. Heim ist in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank in Berlin gewählt worden. Er schreibt in einem Artikel „Volk in Not“ im „Bayerischen Courier“, daß wir über lauter Politik unsere eigene Volkswirtschaft verlernen lassen.

Der Ausschuss zur Ausarbeitung der deutschen Einheits-Fanzschrift, der im Reichsministerium des Innern unter Leitung von Staatssekretär Schulz vom 11. bis 13. Juli tagte, stellte den Entwurf einer Verlehrschrift fest und überreichte ihn der Reichsregierung. Der Entwurf soll nimmende der Öffentlichkeit übergeben werden, und dann den beteiligten Reichsressorts und Landesregierungen zur Entscheidung zugestellt werden. Nach den Erfahrungen, die man bisher mit der Lektüre des Staatssekretärs Schulz gemacht hat, ist dem neuen Entwurf gegenüber größte Vorsicht geboten. — (D. Med.)

Das Attentat auf Willeram. Unser Pariser Sonderbericht-erfasser meldet: Der Bogen des Attentatsversuches verhaftete Anarchist Bouvet gelang gestern dem Untersuchungsrichter, doch er nicht nur Willeram, sondern auch Polnars töten wollte. Er glaubte, daß in dem Wagen, in dem sich der Volkspräsident befindet, Polnars stehe, weshalb er in dieser Richtung schoss. Bouvet erklärte, daß er die Verantwortung für seine Tat trage. Sein Verteidiger beantragte die Prüfung seines Verlehrsgebändes.

Kirchzeit.

Jetzt ist ein jeder Kirchen gern, Sie dienen uns zum Hochgenusse. Die Frucht behält man, doch vom Kern trennt man sich forsch im Vogenschusse. Weil uns ein böses Schicksal narret, Vergleicht man wohl beim Kirchenschlusden Den Kirchschlern mit der Gegenwart Und sieht dann: Beides ist zum Spuden. Th.

Schlesien.

Raub von Oberkschleffen durch die Tschechen.

bd. Auch auf dem letzten der als international bezeichneten Flüsse, der Oder, ist nimmende nach der Entscheidung des amerikanischen Schiedsrichters Sines die Lage bezüglich des Schiffsparks geklärt. Nach der Elbe und der Donau kam die Oder an die Reihe. Als Interessenten an der Oder meldeten sich die Tschechoslowakei und Polen. Deutschland verweigerte beiden die Herausgabe eines Teiles des Ober-Schiffsparks, besonders aber der Tschechoslowakei, indem es mit Recht geltend machte, daß die Oder auf dem Gebiet der tschechoslowakischen Republik überhaupt nicht schiffbar sei. Aber noch so gute Gründe hatten bei dem höchst parteiischen Schiedsrichter keinen Erfolg. Er erkannte trotzdem die tschechischen Ansprüche an. In den Jahren 1909 bis 1913 wurden auf der Oder 6 911 000 Tonnen verfrachtet, hiervon 349 000 Tonnen für die Tschechoslowakei. Der Schiedsrichter sprach der Tschechoslowakei glatt 47 239 Tonnen Schiffraum und 5340 Pferdekräftedampfer zu. Nach Abschlag gewisser Projekte verbleiben Tschechien 33 700 Tonnen und 5340 Pferdekräfte. Die Wahl der Schiffe hat Sines den einzelnen Staaten überlassen. Er bestimmte nur, daß 10 Prozent Pferdekräfte der Schiffe, die Tschechien überlassen werden sollen, Gedraddampfer zu sein haben mit 150 bis 200 Pferdekräften, 30 Prozent mit 200 bis 350 Pferdekräften, 10 Prozent mit 350 bis 500 Pferdekräften, und der Rest mit 500 bis 700 Pferdekräften. Die unerhörte Forderung der Tschechen auf Zuweisung eines Teiles der Hafeneinrichtungen in Stettin lehnte der Schiedsrichter ab, wies aber Tschechien drei Hafenschlepper mit 345 Pferdekräften, Kohlschiffe und 350 Meter Ufergelände zur Erbauung eines Abschlagplatzes zu.

Das Zentrum in Ost-Oberschleffen.

Die Zentrumspartei, die stets behauptet, daß sie keine konfessionelle sondern eine politische Partei sei, der auch Protestanten angehören könnten, die sich aber in Oberschleffen „Katholische Volkspartei“ nennt, hat für das an Polen abgetretene Ost-Oberschleffen ihre besondere Organisation unter demselben Namen „Katholische Volkspartei“ gebildet. Vor einigen Tagen fand bereits in Kattowitz die erste Vertrauensmännerversammlung unter dem Vorsitz des Schulrats a. D. und bisherigen Reichstagsabgeordneten Szejczonik statt. Sie bezieht sich, der polnischen Regierung in einer Entschließung zu versichern, daß auch ihre neue Obrigkeit von Gott ist, und ihr positive Mitarbeit anzubieten. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Parteifreunde! Die neuen Schlagbäume sind niedergegangen; sie haben unsere ober-schleffische Heimat in zwei Stücke zerrissen. Wir haben in der polnischen Regierung eine neue Obrigkeit erhalten. Jede Obrigkeit ist von Gott. Diese Forderung der christlichen Lehre erkennen wir vorbehaltlos an und werden der neuen Regierung gegenüber die staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, Lehren daher auch wir wiederholen es, jede Fremden ab. Eine Regierung, die Gehorsam im Namen Gottes verlangt, kann unsere Rechte, die auch auf der Willen Gottes zurückzuführen sind, nicht abweisen. Schonende Behandlung unserer Gefühle, die daraus entspringen, daß uns bis vor kurzem die deutsche Regierung als die von Gott gesetzte Obrigkeit gegolten hat; Gleichberechtigung aller Bürger des polnischen Staatswesens. Achtung der Rechte des ober-schleffischen Volkes auf seine Heimat, fürsorgende Gewährung der den Wänderechten nach Gesetz und Vertrag zugesicherten Rechte. Wir wollen positiv mitarbeiten an Wiederaufbau unserer zerlegten Heimat, damit an die Stelle des Hasses und der Feindschaft Verbrüderung und Eintracht, Ruhe und Ordnung zur Wohlfahrt des ganzen Volkes einkehren können. Feststehend auf dem Boden unserer Religion und einer darauf ruhenden christlichen Demokratie, unbestimmter um Lob und Tadel, wollen wir mit jedem, der dazu bereit ist, zur Erreichung dieses Zieles zusammenarbeiten, gleichgültig, welche Sprache er spricht, zu welcher Religion er sich bekennt.

Das ganze Volk innerhalb des bisherigen Abteilungsgebietes bildet in diesen Lebensfragen auf Jahre hinaus eine Schicksalsgemeinschaft. Unseren bisherigen Gesinnungsgenossen jenseits der neuen Grenze danken wir für die bewiesene Treue und bitten sie: „Baut Brüden von Euch zu uns herüber, mit vor allem Eurer Pflicht den dort dort lebenden anderen Nationalitäten gegenüber, trete für ihre berechtigten Forderungen ein, damit die innere Sprache der Seele die Sprache der Zunge in beiden Teilen Oberschlesiens überdauere, und ganz Oberschleffen, wenn auch politisch geteilt, einer glücklichen Zukunft entgegengehe. In diesem Geiste bitten wir unsere Parteigenossen, vertraut auf den von der polnischen Regierung versprochenen und von der ganzen Welt garantierten Schutz sowie auf die Eintracht ehrlich denkender Menschen an den Ausbau der Partei an allen Orten der Wojewodschaft Schleffen mit Energie heranzugehen. Herzlichen Dank sagen wir allen, die uns in der Erkenntnis, daß Ideale auch materieller Unterstützung bedürfen, ansehnliche Geldmittel, meist von Glüd- und Segenswünschen begleitet, zur Verfügung gestellt haben. Wir bitten um weitere ideale und materielle Opfer für unsere auf Verbrüderung und Wohlfahrt hingielende, auf göttliches und menschliches Recht sich stützende Arbeit.“

Die „Schles. Volkstztg.“ nennt diese Entschließung eine „herrliche“ Kundgebung und brüdt den Wunsch aus, daß die innere Sprache der Seelen sowohl die Sprache der Zunge als auch die schriftliche Sprache des Parteihaders und geßällige Zwie-tracht überdauern möchte. Wie die Sprache der Seele und der Zunge bei den Polen klingt, hat uns soeben Korfanty mitgeteilt, der erklärt hat, daß das „Recht“ Polens auf ganz Oberschleffen unveräußerlich bleibt. Das Zentrum aber will-fach gegen solche Machtgelüste nicht wehren, sondern positiv mitarbeiten.

Schlesier-Turnen.

Zu unseren Berichten über das Schlesier-Turnen in Girschberg ist noch nachzutragen:

Die Girschberger haben sich mit dem neuen 58 000 qm großen Sports- und Spielplatz am Feigenmund, dicht am Bahnhof, in überraschend kurzer Zeit eine außerordentliche Anlage geschaffen, in der Mitte ein 70x110 m großes Spielfeld, darum eine 6 m breite, für Pölmislerfront eingerichtete Wäsklaufbahn. Wäsklaufbahn mit der Wölkener Straße ist eine 40 m lange Zuschauertribüne mit Befestigung, in deren Stützunterbau Ankleideräume für die Spieler untergebracht sind.

Der Sonnabend-Vormittag war den schweren Wehrkämpfen gewidmet. Im Durchschmitt wurde sehr gut geturnt, und im Gegensatz zu früheren Kreisturnfesten waren Wettturner, die diesen Namen nicht verdienen, nur in ganz verhältnismäßigen Ausmaßen zu sehen. Von dem Wäskfeld des Nachmittags seien zunächst die Ergebnisse der beiden Wehrspiele erwähnt. Im Schlagball der Männer siegte M. T. B. Friedenshütte 0:2 gegen die Turn- und Sportvereingung Leipzig 1866 mit 92:49 Punkten. Im Faustballspiel der Frauen siegte Turnklub Rahn Breslau gegen Dresdner Turn- und Sportvereingung 1887 mit

57:78 Punkten, also mit 21 Punkten. Konk besten besonders noch der Stadthochspring, das Frechen und die verschiedenen Wäskläufe. Auch die in Girschberg abgehaltenen Schwimmsportkämpfe hatten großen Zulauf an Teilnehmern und Zuschauern und verliefen unter der Leitung des Schwimmwarts Giese (Wieg) glatt und anregend.

Um 8 Uhr abends fand am dem Marktplatz eine erhebende Kundgebung statt. Kopf an Kopf war der weite Raum mit Turnern, Turnerinnen, Wäskern und Bürgerinnen gefüllt. Vom Balkon des Rathhauses entbot zunächst der zweite Bürgermeister Dr. Rache den Gästen den Willkommensgruß, indem er daran erinnerte, daß die deutsche Turnerschaft vorantreibt, wenn es gelte, Kultur, Sitten und Volkstum zu schützen. Darum bringe er den Turnern in der so unwoogen Grenzmark Schleffen ein „Gut Heil“. In gündenber, von wiederholten Bravourstücken unterbrochenen Rede führte dann Landtagsabgeordneter Direktor Schmidt aus, daß die Deutsche Turnerschaft, wenn sie nicht schon da wäre, in der Zeit der schweren Not gegründet werden müßte. Wenn alle so von deutschem Volkswut und Vaterlandsliebe durchdrungen wären wie sie, wäre ein Verfall nicht möglich. Wir brauchen ein einiges deutsches Vaterland, nicht Stände, Berufe, Klassen, sondern Brüder und Schwestern. Auch keine Stämme. Daher gingen unsere Gedanken hinaus über die weitestesteten Grenzen auf das Großdeutsche Vaterland. Die 12 Millionen Deutschen, die der Versailer Schandvertrag von uns getrennt habe, müssen wieder zu uns. Wehrhaftigkeit bedeute nicht Kriegswillen, sondern Mannhaftigkeit innen und außen im Kampf ums Dasein. Stille Energie, Widerstandskraft sei der Damm, der uns gegen die anbrandenden Wogen schützen soll. Schon das Vorhandensein eines solchen Damms genüge. In diesem Sinne läßt das ganze deutsche Volk auf Schleffen, weil wir den Damm bildeten gegen das Slaventum. Wie die Kugel aufgeschickerte Sonnenwärme ist, so sei die Prüfung, die die schlesische Turnerschaft hier ablegen wolle, ein Sonnenstrahl aus dem Grabe Rahms. Darum „Gut Heil“ der Deutschen Turnerschaft. Draußen schallten die Hufe, und wie eine Meerestwoge schwenkten die Arme und die Hüft.

In sich steigendem Maße der Stimmung kam nun Dr. Lehner aus Reichensbach zum Wort mit einem herzlichen Brudergruß an das deutsche Volk. Noch sei nicht Friede, sondern nur Krieg mit anderen Mitteln. Mit jedem Willen Brot fühlten die Deutschösterreicher ihr Slaventum, wo 4 Millionen Deutsche von 9 Millionen Slaven als Wehrhuh ausgehört würden. Über 2000 Schulklassen seien ihnen genommen, und ihre Kinder müßten Wege von 2 bis 8 Stunden machen, um eine deutsche Schule besuchen zu können. Ihm gegenüber sehe er Schüler, in denen vor 100 Jahren ein Gneisenau und eine Königin Luise gewelt haben. So möge auch jetzt wieder von schlesischem Lande das Licht ausstrahlen, daß die Armehschaft ein Ende habe, und nur ein Volk und ein Vaterland sei.

Kreisvertreter Sternitzki antwortete im Namen der aufs tiefste bewegten Turner mit dem Kreisführer, daß sie Rahms Erbe wie ein Heiligtum bewahren würden. Herz und Hand fürs Vaterland, das wollen wir gegeben mit dem Lied: „Ich hab' mich ergeben“. Nach diesem sangen die Turner von selbst noch: „O Deutschland hoch in Ehren“. Dann sammelten sie sich zum Abschied an den Kommissar, für die sie auf acht Stühle verteilt waren. Dort wurde noch so manches marlixe Wort geschickt und noch so manches allgemeine Lied gesungen, während sich die verschiedenen Musik- und Gesangsvereine Girschbergs durch Weistener musikalischer Gaben verdient machten.

Über den Sonntag wird noch berichtet: Petrus ist ungenädig. Nachdem es die ganze Nacht geregnet, blieben die Schleffen des Himmels auch am Sonntag vormittag geöffnet, und das anderweit so ersparte Maß hinderte die turnerische Arbeit sehr. Aber aber geglaubt hätte, es könne sie so leicht ganz unterdrücken, der hätte sich irrt geirrt. Aber das Schlimmste half das große Wettturnfest hinweg; und was im Freien abgehalten werden mußte, wie z. B. die Proben an den Massenübungen, fand zwar geringere Teilnahme der Turner als unter günstigeren Umständen, wurde aber doch durchgeführt, in Abwesenheit der Öffentlichkeit. Denn für die Zuschauer bedeutete es auch schon eine starke Zuhaltung, die aufgewachten Augenwege auf dem Platz zu durchwaten. Von den näheren Orten trafen noch fortgesetzt Turnvereine ein, und die Gesamtzahl der Teilnehmer, die das Festbegehren für 40 Wäsk gelöst haben, wird auf etwa 6000 geschätzt. Stärker besucht, als bei schönem Wetter, waren die Festgottesdienste. In der Gnadenkirche nahm Pastor Warlo auf das Fest Bezug, wobei er das Epistelwort wählte: „Seid mit einander gleichgütig, mitleidig, Brüderlich“.

Glücklicherweise ließ der Regen nach, als um die Mittagsstunde zum Festzuge angetreten wurde, sodah hier wenigstens das Publikum teilnehmen konnte und beide Teile auf ihre Rechnung kamen, was die vielen fremdlichen Anweise betrafen. Vier Kapellen waren im Zuge verteilt, dessen Vorbemerkung drei Viertel Stunden dauerte. Die Spitze traf kurz nach 2 Uhr auf dem Marktplatz ein. Vertreter der Regierung, deren Kommen in Aussicht gestellt war, waren nicht zugegen. Raum war das Ende eingetroffen, so hatten sich die Massen auch schon wieder neu geordnet, und nun kam ein Wald von etwa 130 Können von der linken hinteren Ecke vormaligiert, und löste sich zur Linie auf, dahinter acht Säulen von gleichmäßig weiß gekleideten Turnern. Ein prächtiger Anblick, wie sich das alles vorwärts bewegte. Vom schwenkten die Fahnen feiltlich ab, schnell lösten sich auf Kommando des Kreisoberturnwarts Mühlner die Säulen zu Reihen auf und nahmen Vorbormann. Gerade trat auch eine glühige Regenpause ein. Nun begannen nach einer eigens verfaßten Musikbegleitung, die mit den Bewegungen genau übereinstimmte, die allgemeinen Freiübungen, die mit ihren weiten Ausfällen, kraftvollen Kombinationen und marlixe Stellungn, von etwa 680 Turnern gleichmäßig ausgeführt, einen tiefen Eindruck hinterließen und von den etwa 2 bis 3000 Zuschauern mit lautem Beifall belohnt wurden.

Als die Säulen der Männer abmarschierten, kamen gleichzeitig die Säulen der Frauen vorwärts, öffneten sich in gleicher Weise und zeigten nun unter Kreisführerturnwart Kreischer auch nach von diesem selbst verfaßter Musikbegleitung in einer Beteiligung von rund 500 ebenfalls allgemeine Freiübungen, die aber in Bezug auf Stellungen und Bewegungen darauf zugeschnitten waren, die Anmut des Frauenkörpers voll zur Geltung

Empfindliche Füße

können Continental-Absätze und -Sohlen nicht entbehren. Der Gang wird sicher und elastisch; weite Strecken können ohne vorzeitige Ermüdung zurückgelegt werden. Viel haltbarer und billiger als Leder. Der Name „Continental“ bürgt für Qualität.

Continental Absätze und Sohlen

Erhältlich bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Reifen!

Belagen. Nach Her waren die Zuschauer zu gleichem Beifall begrüßt.

Von den Entscheidungsskämpfen konnten noch Hochsprung und einige Läufe ausgetragen werden. Kurz nach 5 Uhr...

Fünzigjahrfeier des Karpathenvereins in der Tatra.

Der Karpathenverein hat das Gebirge erschlossen, hat es den Besuchern von nah und fern erst zugänglich gemacht, und der schlesische Zweigverein hat dabei ein hervorragendes Stück Arbeit geleistet...

Mehr als 400 Teilnehmer vereinigten sich am 2. Juli zur Jubelfeier in dem reichgeschmückten Festsaal in Alt-Schmieds...

an ihn wandte sich der schlesische Vertreter mit folgenden Worten, die dem Berichte der „Karpa heupost“ entnommen werden: 1887 haben Breslauer Tatrafreunde die Sektion Schießen des N.V. gegründet.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde eine Anzahl Ehrenmitglieder ernannt, zu denen die beiden hervorragenden deutschen Gelehrten Geheimrat Prof. Joseph Barthel, der Erforscher der Tatra...

[Schützenwehrtag in Breslau.] Der Verband deutscher Berufswehrtage hält vom 1. bis 3. August in Breslau seinen 9. ordentlichen Verbandstag ab.

Lokales.

Verschiedene Nachrichten.

— Ehrentag des Theodor Wagner, am Pfarrer in Breslau, der am 8. Juni d. J. sein 85. Lebensjahr vollendet hat, erhielt ein Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Caspari...

— Auf dem Breslauer Frühmarkt wurden am 18. Juli folgende Verkaufspreise für Gemüse und Obst verzeichnet: Blattspinat 600 bis 800 Mt., Kohlraben 120 bis 160 Mt., Karstjoheln neue 400 bis 450 Mt., Strohbohnen 300 bis 350 Mt., Bohnen 900 bis 1100 Mt., Schnittbohnen 700 bis 800 Mt., je 100 Stk., junge Zwiebeln 12 bis 15 Mt., Mörrüben 80 bis 100 Mt., je 12 Bund, Blattsalat 6 bis 15 Mt., je 12 Köpfe, Oberrüben 10 bis 60 Mt., je Schod. Zufuhr schwach, Umsatz gut. Starke Nachfrage Preise teilweise anstehend.

— Wie hoch Bettlerzahlen im Winter, wurde am Montag in einer Schöffengerichtsverhandlung festgestellt. Ein 23-jähriger obdachloser Arbeiter hat durch Betteln und Singen in einer halben Stunde etwa 126 Mark vereinnahmt. Es gibt in Breslau Straßenbettel mit über 600 Mark Einnahme täglich.

[Korporationszusammenschluß.] Innerhalb der Hochschulgruppe Breslau des Deutschen Wissenschaftler-Verbandes (D.W.V.) haben sich am 27. Januar d. J. der „Academisch-Historische Verein“ (gegr. 1884) und die Verbindung „Stamfisk“ (ehem. Neophilologischer Verein, gegr. 1880) zusammengeschlossen zur „Deutschen Wissenschaftlichen Verbindung“ (D.W.V.)...

[Theater.] Roberttheater: Heute Mittwoch vorletztes Gesamtgastspiel des feierten Wiener Burgtheaterensembles in Molnars „Märchen vom Wolf“...

[Kunsthausexposition.] Am 21. Juli beginnt im Konzerthaus 300 unter großer Erbeileitung der vereinigten Volksbildungsvereine und Kommissar Professor H. H. H. ein bedeutendes Kunstausstellung...

— Ein schubhühner Käsegeschäft hat in Schmiedsbrunn, wo er im Juni beschäftigt war, einem Ansetz aus einem verschlossenen Kasten 900 Mark. Dann kam er nach Breslau, brach am 1. Juli in den Adreßverzeichnissen eines Arbeiters an der Michaelstrasse ein und raubte 9 Säbner und 1 Flegel. Am Sonntag konnte er bittigst gemacht werden.

Aus dem Geschäftsleben.

[Brennab-Größe.] Bei der Schmelzfabrik durch den Schmelzab, einer Dauerprüfungsfahrt des Württembergischen Automobilklubs über 220 Kilometer, erreichte unter 33 am Wettbewerb teilnehmenden Wagen der 824 P.S. Brennab der beste Zeit ohne Strafpunkt und errang den Ehrenpreis der Daimler-Motorwagenfabrik.

Korpulenz ist unschön

und ungesund. Deshalb sollte jeder dazu Neigende entsprechende Gegenmaßnahmen treffen. Wir raten Ihnen 30 Gramm Colubas Kerne zu kaufen, um sich von der Unschönheit zu befreien. Davon nehmen Sie dreimal täglich 1 bis 2 Stück. Edle Colubas Kerne enthalten erprobte, wirksame, dabei völlig unschädliche Stoffe von fettlösender Wirkung. Zu beziehen durch Pharmazeutisches Kontor C. Wolf, Hannover. Ständige Verkaufsstellen: Apotheke Schmiedsbrunn Straße 43a, Ede Summerei; Kronen-Apotheke, Neue Schmiedsbrunn Straße 3; Franziskaner-Apotheke, Wintermarkt 4; Nachmarkt-Apotheke, Ring 44, an der Schmiedsbrunnbrücke. 16

Schauspielhaus. Operetten - Bühne. Teleph. Ring 2545. Heute und täglich 7 1/2 Uhr: Gastspiel Otto Storm. „Die schöne Wama.“

Liebl. Theater. Nur noch einige Tage! Der sensationellste „Das Jungfernstift.“ Beginn 7 1/2 Uhr.

Orchester-Verein. Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr: Südpark-Konzert. Symph. D. dur. Brahms.

Rote Mühle. Neue Gasse 17, I. Täglich TANZ. JOSEF MORSE. M. 19. 7. 22. 7 1/2 U. Gr. I. Vortrag.

Gold-Silber-Platin. Brennlichte, Zähne, Gebisse, Brillanten, Perlen. Verkauf höchstausw. Deutsche Edelmetall- u. Juwelengeschäft.

Schreibmaschine. geb. gut erhalt. kost. 1. Angeb. u. M 107 St. d. 8.

Perfianerlade. gut erhalten, zu kaufen gesucht von Privat. B. u. N 16 St. d. 8.

Vereinigte Theater in Breslau. Lobo-Theater. Tel. R. 6774. Täglich abends 8 Uhr: „Das Märchen vom Wolf.“

SCHAUBURG. Täglich 8 Uhr: Die große Ausstattungs- u. Operetten-Revue. 10 Bilder.

Herr Welt. Landa Wilson, T. Rotzki, Lloyd George, Steidl, H. S. Timmes, Vertrieben, Maharadscha, Polnare.

Gediegenes Schlaf-, Gh- und Herrenzimmer. H. E. Flodler's Nohl. Ernst Seydel, Schlossstr. 2, am Rathaus.

Perferrbrüde und echt. Teppich. von Privat zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis und Größe erbeten an Merkel, Augustastr. 120, 2. Et.

Dampfessel. gut erhalten, liegend, für 6 bis 8 Atmosphären, ca. 25 qm Heizfläche. sofort zu kaufen gesucht. Julius Hutstein, Breslau I.

Acknowledgment. Fa. William Aust & Co., Breslau, Neuborsstraße 6, I. Brillanten, Perlen u. sonstige große, reine Brillant. v. Kar. 60.000 Mt. für kleinere Brillant. v. Kar. bis 30.000 Mt.

Sie laufen wie eine Biene. wenn Sie die Schuhe tragen. kein Brennen d. Füße. Breslau: Schuhh. Herz, Blücherplatz 4.

Grasmäher, Getreidemäher, Seurehen und -Wender, Särotmühlen, Düngerkreuer, Viehfutterdämpfer, Sauchesser, Saat- u. Ackerreggen. Gebr. Prankel, Breslau 3, Siebenbüfenerstr. 67.

Gutgehende Mollerei. in vieljähriger Regend. mit Galvanisierg. u. 80 Morgen Wäcker, prima Gebäude, komplett. toten u. lebenden Inventar, sofort zu übernehmen. 19

Prima Spezial. reine Ware. Vertreter an allen Plätzen gesucht.

la. Rinder-Speisetalg. in Klagen, Klübeln, Pfundpackung. Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Vom Abbruch der Holzstofffabrik Deutsch-Wette, Kreis Weisse. verkaufe ich äußerst preiswert: 1 Transmissionswelle, 21 m lang, 160 mm Durchmesser, 6 äußere Riemenscheiben, 2teilig, 2200x 500x180 und kleinere, 6 mod. Ringsechsmeterstahler, 160 mm Durchm., 1 horizontaler Schleifer zur Holzstofffabrikation, m. Winkeltrieb u. stehender Welle dazu, 1 Welle, 4,80 m lang, 135 mm Durchmesser, 5 Ringsechsmeterstahler, 135 mm Durchmesser, 4 T-Träger, 20 NP., a 5 m lang, 2 Schnecken, a 4 m lang, 4 Kolbenpumpen. Alle Teile sind tadellos erhalten und so gut wie neu. C. Schiewek, Breslau 8, Paradiesstraße 22, Tel. Ohle 308.

Stroh. aller Sorten, gepreßt, gebündelt und auch lose, bei größeren Mengen evtl. Preßleistung. Kaufe ich jederzeit zu höchsten Preisen. (x) Adolf Priwin, Berlin N. P. 87, Balkenbenderstr. 8, Fernsp. Roadit 2870 u. 1851. Dep. N. Priwinhoff.

Kots, N.C. Braunkohlen. liefert in Fußten (Schmelz) Friedrich Mielke, Hohenzollernstr. 206, Chte 6889. 8-4 Dite 841.

Steinkohlen, Glüh- oder wärfel, monatlich 100 Tonnen gegen Wechsellage zu kauf. gef. 11. Gießstraße 21, Gagn. 19

Silber. Druckgegenstände zum Einwickeln, da bringend benötigt, überlasse ich jeden Sündespreis. 19 Paul Vogel, Juwelier, Schmiedsbrunnstraße 5, I. d. des Rakee Schüller

Schreibmaschinen. nur gangb. Systeme sofort überkauft. Chromalithen. Central. Max Jauernik, Gartenstr. 24, gegenüb. d. Marktbad.

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and dates. Includes sections for 'Börse', 'Kurszettel', and various company listings.

Advertisement for Schliesische Treibriemenfabrik A. Bettefeld, Grüneiche B. bei Breslau 16. Features a logo of a belt and text describing their products and contact information.

Die Verlobung meiner einzigen Tochter Marianna mit dem Rechtsanwalt Herrn Ludwig Quack, St. d. N. im Hülfiler-Meist. „Königin“ zeige ich hierdurch an.

Sielesberg, im Juli 1922.

Frau Georg Hiersfemengel
Maria, geb. Bada.

Meine Verlobung mit Fräulein Gertrude Hiersfemengel, einzigen Tochter des verstorbenen Fabrikbesizers Herrn Georg Hiersfemengel und seiner Frau Gemahlin Maria, geb. Bada, zeige ich hierdurch an.

Sielesberg, im Juli 1922.

Ludwig Quack,
Rechtsanwalt.

Am Montag, den 17. d. M., abends 6 Uhr verschied sanft nach einem arbeitsreichen Leben und kurzer Krankheit mein innigstgeliebter teurer Gatte, lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der

Raufmann
Oskar Kronbügel
im Alter von 48 Jahren.

Mit der Bitte um stillen Beileid zeigt dies zugleich im Namen aller Hinterbliebenen tiefbetrubt an

Breslau, den 18. Juli 1922

Marta Kronbügel, geb. Kempe.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr von der Halle des Salvator-Friedhofes, Nohelstraße, aus statt. Kondolenzbesuche dankend verbeten.

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Gatten, unseren besten, edlen Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel,

Herrn Dr. med.
Theophil Behrendt
ärztl. Leiter und Besitzer des Rainzenbades

Sonntag morgen 1 1/2 Uhr nach langem schweren Leiden, wohlgeköhrt durch die Tröstung der heiligen Religion, im Alter von 64 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen.

Partenkirchen-Rainzenbad, den 16. Juli 1922.

In tiefster Trauer

Katharina Behrendt, geb. Sauer.
Dipl.-Ing. Josef Behrendt.
Dr. med. Hans Behrendt.
Dr. med. Theo Behrendt und Frau Anica, geb. Bösl.
Anton Behrendt } Geschäftsführer-Rainzenbad.
Paul Behrendt }
Margarethe Behrendt.

Die Beerdigung hat am Dienstag, den 18. Juli, nachmittags 8 Uhr, stattgefunden, der Seelenpottedienst findet am Mittwoch, den 19. Juli, früh 8 1/2 Uhr, in Partenkirchen statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke Charlottenburg.

Die Aktionäre werden durch die am Montag, den 7. August 1922, in den Räumen der Gesellschaft in Charlottenburg, Berlinstraße 2, nach dem

unterzeichneten Generalversammlungsprotokoll eingeladen. Die in dem Protokoll enthaltenen Beschlüsse sind durch die in dem Protokoll enthaltenen Beschlüsse bestätigt worden.

Die Aktionäre sind ersucht, sich zu dem am Montag, den 7. August 1922, in den Räumen der Gesellschaft in Charlottenburg, Berlinstraße 2, nach dem unterzeichneten Generalversammlungsprotokoll zu begeben.

Die Aktionäre sind ersucht, sich zu dem am Montag, den 7. August 1922, in den Räumen der Gesellschaft in Charlottenburg, Berlinstraße 2, nach dem unterzeichneten Generalversammlungsprotokoll zu begeben.

Die Aktionäre sind ersucht, sich zu dem am Montag, den 7. August 1922, in den Räumen der Gesellschaft in Charlottenburg, Berlinstraße 2, nach dem unterzeichneten Generalversammlungsprotokoll zu begeben.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter Johanne mit dem Apotheker Herrn Martin Schuch zeigen an

Breslau, im Juli 1922
Barckstraße 29

Professor Eduard Kaempffer
und Frau Wilhelmine,
geb. Schmie.

Johanne Kaempffer,
Martin Schuch,
Verlobte.

Breslau.

Am 15. d. M. verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit im ehrenvollen Alter von fast 80 Jahren einer der Senioren unseres Vereins und der Maschinenmarkt-Kommission,

Herr Fabrikbesitzer
Ludwig Prantel
in seiner alten Heimat Groß-Strehlitz.

Mit ihm ist ein ganz besonders treues Mitglied unseres Vereins und der Maschinenmarkt-Kommission, der er seit ihrem Bestehen angehört, dahingegangen. Mit bewundernswerter Frische hat der Heimgegangene bis in sein hohes Alter hinein unseren Bestrebungen stets regestes Interesse entgegengebracht und uns aus dem Schatze seiner langjährigen, reichen Erfahrungen vielfach wertvolle Anregungen gegeben. Wir betauern aufrichtig den Heimgang dieses treudeutschen Mannes, der sein arbeitsreiches Leben in der endlich von fremdem Joch erlösten Heimat beschließen durfte.

Breslau, den 18. Juli 1922.

Der Vorstand
des Landwirtschaftlichen Vereins
zu Breslau,
von Weichy, Reimann.
Die Maschinenmarkt-Kommission.
Rehsfeld.

Statt besonderer Anzeige.

Seit nachmittags 7 Uhr verschied sanft, wohl vorbereitet für die Ewigkeit, nach kurzem aber sehr schweren Leiden im St. Josef-Stift zu Breslau meine liebe Frau, unser über alles geliebtes, treuherziges, gutes Mutterlein, Großmutterlein, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Administrator a. D.
Minna Primer
geb. Salzborn

im 57. Lebensjahre.

Gott lohne ihr in der Ewigkeit ihre vielen Opfer und ihre große Liebe.

Bauer, den 17. Juli 1922.

Im tiefsten Schmerz

Eduard Primer, Administrator a. D.
Wolfgang Primer und Frau, New-York
Else Hoffmann, geb. Primer, Lobris, Kr. Jauer
Dr. med. Alfred Primer und Frau,
Wünschelburg
stud. agr. Franz Primer, Breslau
Oberinspektor Franz Hoffmann, Lobris, Kr. Jauer
und drei Enkelkinder.

Beerdigung in Breslau Donnerstag, den 20. d. M., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Alten Mauritius-Friedhofes, Steinstraße, aus.

Requiem: Freitag, den 21. d. M., früh 7 1/2 Uhr, in Lobris, Kr. Jauer.

Vom 17. Juli bis 14. August verreist.

S.-R. Dr. Walliczek.
Zurückgekehrt
Dr. Fritz Adler,
Zahnarzt,
Breslau 18, Moritzstr. 35,
Telephon Ring 6442.

Von d. Reise zurück
Dr. Samson
Frauenarzt
Friedr. Wilhelm-Str. 21.

Körper- u. Gesundheitspflege
Brunnstr. 2, a. b. Kaiserstr. 12

Körperpflege
Marche, Kanitzstr. 20, 1, 15

Nagelpflege
bei Frau, Gartenstraße 47
nur 11 bis 7 Uhr.

Kunstpflanzenerien sucht
Fleischhändlerinnen.
Weib. u. N 44 Gt. d. 8.

Zimmer
bes. Herrl. Best. Dultmann
Gell. Gellstr. 20, II.

Beamtenmilch, ev. auch
Kaufmann auf dem Saude
oder für die Sommer-
monate über zur Hilfe im
Haus, ohne Verg. Zuschr.
u. F 218 Gellstr. d. 8.

Geig. Nachh. Fertiger
Reisig, wird Bauaufent-
halt geboten. Angeb. unt.
N 42 Gellstr. Gellstr. 8.

Piano 10-20000 M. z
kauf gesucht
Hartmann, Bohrauerstr. 43

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Emma mit Herrn Ernst Hellmich geben wir hiermit bekannt.

Baderborn, im Juli 1922.

Fritz Hiltmann
und Frau Florentine,
geb. Schmale.

Meine Verlobung mit Fräulein Emmy Hiltmann, Tochter des Großkaufmanns Herrn Fritz Hiltmann und seiner Frau Gemahlin Florentine, geb. Schmale, zeige ich ergebenst an.

Karnaf, Kr. Trebnitz, im Juli 1922.

Ernst Hellmich,
Oberleutnant a. D. im ehem. Königl. Preuß. Infanterie-Regt. Graf zu Dohna (Ostpreuß.) Nr. 8.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach schwerem Leiden entschlief heute abend mein innigstgeliebter Mann, unser treuherziger Vater, Schwiegervater, Schwiegersohn und Großvater, der

Professor
Hermann Holthey,
Studienrat an der Evangelischen Realschule 2,
an seinem 60. Geburtstag.

Breslau, den 17. Juli 1922.
Michaelisstr. 83.

In tiefstem Schmerz:

Therese Holthey, geb. Fuchs,
Fritz Holthey, Regierun-
gsbeamter,
Emmi Otto, geb. Holthey,
Werner Otto,
Emilie Fuchs, geb. Rothamel,
verm. Telegr. Dir.,
und ein Enkelkind.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle I des Döbner Friedhofes aus statt. Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Ihre zu Fischhausen, Ostpreußen, stattgefunden Vermählung geben bekannt

Walzenburg, Schles., im Juli 1922
Fürstentümerstr. 1

Herbert Wechmann
und Frau Elisabeth, geb. Lech.

Die glückliche Geburt eines gesunden Sonntagjungen zeigen hocherfreut an

Oberleschen, den 16. Juli 1922

Dr. med. Zimbal
und Frau Käthe, geb. Schubert.

Wichtiges Sonntagsmädel angekommen.

Sermann Röther
und Frau Erna, geb. Wallwig.
Düffelberg, den 16. Juli 1922.
Hergogstraße 79.
s. St. Wirtshaus Dr. med. Pape,
Krankenhaus Geerd.

Am 16. d. M. verschied nach langem Leiden

Herr Kassenbuchhalter
Hermann Paech.

Der Heimgegangene war vom 1. Juli 1892 bis zu seiner am 1. Oktober 1918 erfolgten Verletzung in den Ruhestand bei unserer Verwaltung tätig und hat der Berufs-genossenschaft während dieser Zeit die besten Dienste geleistet.

Dem ehemaligen Angestellten wird vom Vorstand, dem lieben Mitarbeiter von seinen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahrt bleiben.

Breslau, den 18. Juli 1922.

Der Vorstand,
die Beamten und Angestellten
der Schlesisch-Posenischen
Baugewerks-Vereinsgenossenschaft.

Die Geburt einer gesunden Tochter zeigen hiermit an

Wlogau, den 14. Juli 1922

Studienrat
Herbert Nolte
und Frau Anny,
geb. Gerodes.

Am 14. Juli verschied in Bad Kudowa nach längerem Leiden die Seniorin der Firma Wölter & Nicolater Granitwerke

Frau Clara Nicolater
geb. Lustig
im 71. Lebensjahre.

Ihre Herzensgüte und ihr uns stets bewiesenes Wohlwollen sichern der teuren Entschlafenen in unseren Herzen einen dauernden Platz.

Breslau, Nicolausdorf, Gorkau,
Bohrauerstraße,
im Juli 1922.

Die Angestellten
der Firma Wölter & Nicolater
Granitwerke.

Heute nacht hat uns der Tod meine liebe Frau, unsere treue Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester

Frau Gertrud Vogt
geb. Richter
im 70. Lebensjahre entlassen.

Breslau, Stel. Gasse a. S.,
Heidelberg, den 18. Juli 1922.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Geh. Studienrat
Prof. Dr. Heinrich Vogt.

Die Beisetzung findet Freitag, den 21. Juli, nachmittags 8 Uhr von der Kapelle des Bernhardinfriedhofes in Rothfischam statt. Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Ein jäher Tod endete am 12. d. M. das Leben unserer verehrten Freundin

Fräulein Adelheid Wendland.

Die Verstorbene hat uns in langer Freundschaft nahegekommen und sich durch ihre treue Anhänglichkeit und ihre selbstlose, aufopfernde Güte bei uns und allen ihren Freunden ein dauerndes dankbares Andenken gesichert.

Breslau, den 18. Juli 1922

Die Familien:
Chamrad, Sahlbek, Grünhagen,
Stypps, Hünslar, Fuchs, Neugebauer, Reimann, Stirk, Wendt.

Nach kurzem schweren Leiden ist mir am 16. d. M. mittags 1 Uhr, am Tage vor unserem festgesetzten Hochzeitstage meine innigstgeliebte, herzengute Braut

Fräulein Therese Sauer
aus Dömitz
durch den Tod entziffen worden.

In tiefstem Schmerz zeigt dies an
Standesbeamter Paul Deiber,
Barckstraße 27
zugleich im Namen aller Angehörigen
und zwar der Familien
Sauer-Deibersdorf, Jenner-Glas,
Grämer-Steinau O. S., Verfle-Weise,
Heimann-Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 20. Juli, nachmittags 8 Uhr von der Halle I der Dömitzer Friedhöfe.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Johanne mit dem Apotheker Herrn Martin Schuch zeigen an

Breslau, im Juli 1922
Barckstraße 29

Professor Eduard Kaempffer
und Frau Wilhelmine,
geb. Schmie.

Johanne Kaempffer,
Martin Schuch,
Verlobte.

Breslau.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Emma mit Herrn Ernst Hellmich geben wir hiermit bekannt.

Baderborn, im Juli 1922.

Fritz Hiltmann
und Frau Florentine,
geb. Schmale.

Meine Verlobung mit Fräulein Emmy Hiltmann, Tochter des Großkaufmanns Herrn Fritz Hiltmann und seiner Frau Gemahlin Florentine, geb. Schmale, zeige ich ergebenst an.

Karnaf, Kr. Trebnitz, im Juli 1922.

Ernst Hellmich,
Oberleutnant a. D. im ehem. Königl. Preuß. Infanterie-Regt. Graf zu Dohna (Ostpreuß.) Nr. 8.

Die glückliche Geburt eines gesunden Sonntagjungen zeigen hocherfreut an

Oberleschen, den 16. Juli 1922

Dr. med. Zimbal
und Frau Käthe, geb. Schubert.

Wichtiges Sonntagsmädel angekommen.

Sermann Röther
und Frau Erna, geb. Wallwig.
Düffelberg, den 16. Juli 1922.
Hergogstraße 79.
s. St. Wirtshaus Dr. med. Pape,
Krankenhaus Geerd.

Die Geburt einer gesunden Tochter zeigen hiermit an

Wlogau, den 14. Juli 1922

Studienrat
Herbert Nolte
und Frau Anny,
geb. Gerodes.

Vornehm. Herrenzimmer
schwere Eiche, zu verkaufen
Gartenstraße 65 I

Soßeleg. Ess-bez.
Herrenzimmer verk.
Frau Hädermann,
Liegut. Goldbergerstr. 1.

Abernehme
Buchführung,
Revisionen - Abschlässe,
Rechnungen.

Steuerberatung.
Zusch. reb. unt. N 80 d. 8.

**Pflaster- und
Zementarbeiten**
fabrikt sehr billig aus.
Zusch. u. N 84 St. d. 8.

Hohen Verbleit
durch schiffsb. Setzwerk.
Bertr. u. m. Probita
John. H. Schutz, Götting

